:antifaschistische nachrichten Nr. 10

g 3336 17.5.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Freunde der Dichtung“ tagten

SÜDDEUTSCHLAND. Im April traf sich im „süddeutschen Grenzgebiet“ ein illustrer Kreis mit dem Namen „Freunde der Dichtung“, um Lesungen und Vorträge über deutsche Dichter und Schriftsteller durchzuführen. Bei der diesjährigen Tagung, an der rund 50 Personen „aus dem gesamten deutschen Sprachraum“ teilnahmen, wurde u.a. der Roman „Heimat ist ein Paradies“ des Russlanddeutschen Viktor Streck (Bad Pyrmont) vorgestellt. Jan Ackermeier aus Wien, Burschenschafter und Autor der Zeitschrift „Der Eckart“ der deutschtümelnden „Österreichischen Landsmannschaft“, referierte über den Dichter und ehemaligen Freikorps-Mann Bogislaw von Selchow. Das Lebenswerk und die Philosophie Erwin Guido Kolbenheyers stellte Dr. Hans Berger, der Vorsitzende der „Kolbenheyer-Gesellschaft“, vor. Kolbenheyers vom Sozialdarwinismus geprägtes Weltbild wurden von den Nazis sehr geschätzt, und erhielt von diesen zahlreiche Kulturpreise verliehen. 1940 trat er in die NSDAP ein. Den Schlussvortrag hielt die 90-jährige Elfriede Luise Vogel aus Hürth. Die Bildhauerin hatte schon in den 1980er Jahren an Kunstausstellungen des neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes“ (DKEG) teilgenommen. *hma* ■

Zusammenschluss geplant

BERLIN. Die christlichen Kleinparteien AUF (Partei für Arbeit, Umwelt und Familie) und die PBC (Partei Bibeltreuer Christen) arbeiten auf einen Zusammenschluss hin. Als ein „Signal zur Bündelung der christlichen Kräfte“ wolle man am 22. September in Berlin eine gemeinsame Veranstaltung durchführen. Die Hauptrede soll der ehemalige CDU-Politiker Werner Münch halten, der 2009 nach Merkels Kritik am Papst aus der Partei austrat. Im Anschluss ist die Teilnahme am diesjährigen „Marsch für das Leben“ geplant. *hma* ■

Aus dem Inhalt:

Nazis am 1. Mai 2
Internationales Jugendtreffen in der Gedenkstätte Auschwitz 11

Landtagswahl in NRW: Leichte Zuwächse für Pro NRW

Zuerst einmal die positive Nachricht: Trotz großer Öffentlichkeit ist Pro NRW auch 2012 bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen kläglich an der 5%-Hürde gescheitert.

Entwarnung kann man aber leider dennoch nicht geben: Bei den Neuwahlen setzt sich der Trend von 2010 fort, dass sich Pro NRW als stärkste Kraft aus dem rechten Lager zu etablieren scheint. Für die NPD, die bereits 2010 Verluste eingefahren hatte, geht es weiter bergab: Mit gerade einmal 0,5% sind die NeofaschistInnen marginalisiert und von der 1%-Marke weit weg.

Damit bekommen sie keine Wahlkampfkostenerstattung, was der Partei angesichts der ohnehin nicht gerade rosigen Finanzlage wehtun dürfte.

Anders sieht es bei Pro NRW aus: Von landesweit 1,4% steigern sich die RassistInnen auf 1,5% und dürfen damit Geld vom Staat kassieren. Im Vergleich zu 2010 haben 2012 etwa 10 000 Menschen mehr ihr Kreuz bei Beisichts Truppe gemacht (2010: 107 476, 2012: 118 270). Von „fast 2% landesweit“ zu sprechen, wie Beisicht das auf der Homepage von Pro NRW tut, ist dann allerdings doch übertrieben – aber diesen Größenwahn ist man von Pro NRW ja gewohnt.

Dennoch gibt es Gründe für die RassistInnen zufrieden zu sein: In vielen Gebieten konnten sie zulegen. Mittlerweile gibt es kaum noch Wahlkreise, in denen Pro NRW weniger als 0,5% der Stimmen holt, in den meisten liegen sie sogar über der 1%-Marke.

Ein Plus können die Rechten in vielen Großstädten am Rhein und im Ruhrgebiet einfahren, so etwa in Bochum, Dortmund, Düsseldorf, Essen, Mülheim und Oberhausen.

Allerdings müssen die RassistInnen auch einige Schlappen einstecken: Gerade in ihren bisherigen Hochburgen konnten sie ihre Ergebnisse von 2010 nicht halten:

In Duisburg fällt Pro NRW von 4% auf 2,8%, in Leverkusen von 3,8% auf 3,0%, im Rhein-Erft-Kreis von 2,6% auf 2,3%. Auch im für die braune Truppe so wichtigen Köln löst das Ergebnis sicherlich keine Freude aus: Gerade einmal knapp 8000 Stimmen, das sind 1,9%. 2010 waren es noch etwa 10 000 gewesen (2,5%), bei der Kommunalwahl 2009 gar etwa 20 000 (5,4%).

Neben den genannten bleibt auch Gelsenkirchen eine der Hochburgen der Rechten. Hier holen sie ca. 3800 Stimmen. Das sind zwar etwas weniger als 2010, allerdings mit 4,1% immer noch zu viele.

Eine weitere Hochburg ist Remscheid. Hier verbessert sich Pro NRW von 3,6% auf 4,2%, was sich jedoch weitaus spektakulärer liest als die absoluten Zahlen – von 1600 auf 1800 WählerInnen.

Nach wie vor nichts zu holen ist für die RassistInnen im Münsterland: In Borken, Münster, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf bleiben sie – teilweise deutlich – unter 1%.

Noch liegen keine genaueren Zahlen darüber vor, wer Pro NRW gewählt hat und woher der Stimmenzuwachs von Pro NRW kommt.

Insgesamt kann man aber sicherlich sagen, dass sich Pro NRW im rechten Lager zu etablieren scheint und – zumindest im Hinblick auf Wahlen – wohl ernster genommen werden muss als die NPD. Dabei stehen teilweise starken Einbußen in einigen Hochburgen Gewinne in vielen bisher eher schwachen Gebieten gegenüber.

Dies könnte von Bedeutung sein, wenn es 2014 zu den Kommunalwahlen wieder an die Urnen geht. Hier muss es darum gehen, zu verhindern, dass Pro NRW in noch mehr Städten als bisher in die Parlamente einzieht.

jk ■

Bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein eine Woche zuvor erhielt die NPD 0,7% der gültigen Stimmen (absolut: 9821) und musste damit einen Rückgang um 0,2 Prozentpunkte gegenüber der Landtagswahl 2009 hinnehmen.

1. Mai – Nazifrei!

Viel hilft nicht immer viel: Nazis am 1. Mai

Nach vorläufigen Schätzungen beteiligten sich am 1. Mai bis zu 1800 Neonazis an einer Reihe rechter Kundgebungen und Aufmärsche im ganzen Bundesgebiet. Die Teilnehmerzahlen blieben vielerorts, darunter im sächsischen Bautzen, überschaubar – und deutlich hinter den Erwartungen zurück. Nirgends verliefen die Versammlungen ungestört: In Wittstock, Neubrandenburg und Mannheim wurden die Neonazis erfolgreich behindert, in Neumünster und Weimar konnten sie gar nicht erst loslaufen. NPD-Vize Udo Pastörs wurde in Gewahrsam genommen.

Der 1. Mai 2012 im Überblick (Stand 1.5.2012, 18 Uhr):

In **Hof** (Nordbayern) rief das „Freie Netz Süd“ zu einem Aufmarsch unter dem Motto „Zeitarbeit abschaffen“ auf. Mit 400 bis 650 (Eigenangabe) Neonazis wurde es die größte rechte Veranstaltung am heutigen Tag, etliche Teilnehmer waren offenbar aus Sachsen angereist. Die Polizei hatte die Aufmarschroute rigoros abgeriegelt. Vielleicht zum letzten Mal, denn dem „Freien Netz Süd“ droht ein Verbot.

Im brandenburgischen **Wittstock** marschierten Neonazis „gegen Ausbeutung und Abwanderung“ und „für eine familienorientierte Zukunft“. Dem NPD-Aufruf folgten lediglich 100 bis 150 Personen. Sie mussten aber umkehen, der Aufmarsch wurde wegen einer erfolgreichen Blockade abgebrochen.

In **Neubrandenburg** (Mecklenburg-Vorpommern) marschierten 250 bis 300 Neonazis unter dem NPD-Motto „Leben und arbeiten in der Heimat“. Durch Blockaden wurde der Aufmarsch verzögert, die Route musste geändert werden. Als Redner traten u.a. der NPD-Landesvorsitzende Stefan Köster und der Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski auf. In der eigenen Szene hatte bereits die Anmeldung dieses Aufmarsches zu Unverständnis geführt.

Die peinlichste Vorstellung lieferten Neonazis derweil im thüringischen **Weimar**. Der Aufmarsch mit dem Motto „Wir wollen Arbeit, Recht und Freiheit“, für den kaum geworben worden ist, wurde per Gerichtsbescheid in eine Standkundgebung umgewandelt. Unter den lediglich 80 bis 100 Teilnehmern befanden sich Neonazis aus Sachsen-Anhalt, außerdem der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende Günther Deckert. Die Kundgebung konnte allerdings nicht starten. Grund: Statt den geforderten zehn nicht-vorbestraften Ordnern fanden sich nur vier. Im Anschluss versuchten etwa 60 Neonazis einen Spontanaufmarsch in Erfurt.

Für die NPD hatte zudem Sebastian Schmidtke in **Berlin** drei Kundgebungen im Osten der Stadt angemeldet. Sie fanden kaum Resonanz, die Teilnehmerzahl lag hier zwischen 50 und 80.

Ein Totalausfall wurde der Aufmarsch in **Neumünster** (Schleswig-Holstein), der eigentlich der Wahlkampfabschluss der NPD werden sollte. Doch am eigentlichen Auftaktort trafen lediglich 25 Neonazis ein, die unverrichteter Dinge wieder abziehen mussten. Weitere 140 Neonazis – inklusive dem Versammlungsleiter – waren vermutlich mit Absicht am falschen Bahnhof ausgestiegen und wollten von dort „spontan“ zu ihrem Treffpunkt ziehen. Durch erfolgreiche Blockaden der geplanten Demonstrationsroute, sowie direkte Aktionen gegen die angereisten 165 Neo-Nazis, durchgeführt vor allem vom autonomen und gewerkschaftlichen Spektrum, konnte der Nazi-Aufmarsch – trotz Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray gegen die Antifaschist_innen – nicht stattfinden. Die Polizei setzte 100 Neonazis fest. In Gewahrsam landete auch der stellvertretende NPD-Bundeschef Udo Pastörs, der sich an einem „Sitzstreik“ beteiligt hatte.

Deutsche Neonazis haben sich am 1. Mai außerdem an einem Aufmarsch in **Prag** beteiligt. Vor Ort wurde u.a. Karl Richter, Stadtrat in München und Mitarbeiter der sächsischen NPD-Landtagsfraktion, gesichtet. Am Treffpunkt tauchten außer ihm lediglich 100 Neonazis auf, die durch Antifa-Aktionen bedrängt worden sind. Nach Eigenangaben sei dabei eine Kundgebungsteilnehmerin aus Deutschland verletzt worden. Einige Neonnazis wurden durch die Polizei verhaftet. Nach noch unbestätigten Eigenangaben nahmen deutsche Neonazis zeitgleich an einem Aufmarschversuch von 100 bis 150 Personen im schwedischen Eskilstuna teil.

Neben angemeldeten Versammlungen waren Neonazis in **Celle** und **Lehrte** (Niedersachsen) an der Störung von DGB-Kundgebungen beteiligt. Ähnliche Szenen hatte es im Vorjahr in Leipzig gegeben. Außerdem trafen sich in Remscheid und Solingen Anhänger von „Pro NRW“ in der Nähe von Moscheen und provozierten dabei u.a. durch das Zeigen von Mohammed-Karikaturen.

http://gamma.noblogs.org/archives/968 ■

Bonn ist aufgestanden – Bonn-Beuel hat sich quergestellt

Protestbündnis bekräftigt Kritik an Polizeiführung

Das Protestbündnis *Bonn stellt sich quer* betrachtet die Aktionen gegen den Nazi-Aufmarsch am 1. Mai als riesigen Erfolg für alle Demokratinnen und Demokraten weit über Bonn hinaus. … Beeindruckt zeigt sich das Bündnis von der Entschlossenheit der vorwiegend jugendlichen Blockiererinnen und Blockierer, die es auf dem Bahnhofsvorplatz und in der Goetheallee trotz Übermacht der Polizei auf die vorgesehene Naziroute geschafft haben und teilweise Pfefferspray, Räumung und Personalienfeststellung in Kauf nehmen mussten. „Wenn es zu Verfahren kommen sollte, wird das Bündnis diese Aktivisten nicht allein lassen“, betont Sprecherin Lena Schneider.

Geradezu begeistert ist „Bonn stellt sich quer“ von der Kreativität und dem Engagement in Beuel selbst, insbesondere von den Anwohnerinnen und Anwohnern des Aufmarschweges. „Die Goetheallee war für die Nazis ein Spießrutenlauf, von ihren Hassparolen nichts zu hören. Die Nachbarn haben zusammengehalten und viele weitere lautstark Protestierende in ihren Vorgärten als Gäste begrüßt“, erklärt die Beueler Bündnis-Sprecherin Susanne Rohde. …

„Ohne Polizeischutz am 1. Mai und die polizeiliche Geheimniskrämerei hätten die Bonnerinnen und Bonner den Nazis einen Rausschmiss direkt am Beueler Bahnhof erteilt und den ganzen Verbrecher-Umzug beendet, bevor er begonnen hat“, erklärt Demo-Anmelder Simon Ernst. …

Zum Beschluss des Verwaltungsgerichts zugunsten der ver.di-Jugend gibt es zwischen Protestbündnis und Polizei weiterhin unterschiedliche Lesarten. Die vor den Nazis zu schützende Route über Stolpersteine und Mahnmale und nicht der Aufstellort war Gegenstand des Verfahrens gewesen.

Sprecher Mani Stenner: „Und dann hat die Polizei völlig willkürlich ausgelegt, dass der in ihrer rechtswidrigen Verfügung genannte Aufstellort in der Königswinterer Straße auf der anderen Seite der Bahnlinie weiterhin gelte, obwohl im März ja der Bahnhofsvorplatz angemeldet war und will sogar jetzt noch den Anmelder wegen Verstoßes gegen diese abstruse Auflage anzeigen. Diese feindselige Haltung ist nicht zu verstehen“.

Das Bündnis hatte sich schlichtweg geweigert, diesem Unsinn zu folgen und sich mit großem Einverständnis der Polizeiführer vor Ort an der Ecke zum Bahnhofsvorplatz aufgestellt. „Wenn sich die Polizeispitze weiterhin blamieren will: Einem Verfahren gegen Simon Ernst sehen wir mit Gelassenheit und einem gewissen Vergnügen entgegen“, kommentiert Mani Stenner.

Das politische Standing der Polizeiführung gegen Neonazismus ist nach Meinung des Bündnisses leider von Anfang an mangelhaft gewesen. Ein Verbot hätte die Präsidentin demnach bei aller rechtlichen Skepsis doch wenigstens versuchen sollen, um die Polizei an der Seite der Bürgerschaft zu positionieren. Im Gegenteil habe das Präsidium die Neonazi-Anmeldung vom Januar aber vor der Öffentlichkeit geheim gehalten und so den dann erfolgten „Aufstand der Demokraten“ lange behindert. Falls es zutreffe, dass allerdings die Stadtverwaltung frühzeitig informiert war, sieht das Bündnis auch dort dringenden Bedarf zur Korrektur der Informationspolitik. …

Beklagt wird auch die irreführende Öffentlichkeitsarbeit der Polizei. In der Pressearbeit gegenüber den Anwohnern in Beuel und in den Schulen seien Gewaltfantasien verbreitet worden, die jeder Grundlage entbehrten und sich am 1. Mai ja auch als haltlos herausgestellt hätten. Jedenfalls habe das Bündnis seriösere Informationen über die Absichten von Antifa-Gruppen und Autonomen gehabt. „Sie gehören zum Protestbündnis, haben den Aufruf und den Aktionskonsens unterschrieben und gemeinsam mit dem bürgerlichen Protest entschieden zu unserem Erfolg beigetragen“. …

Neben Räumungen durch Wegtragen habe es die völlig unverhältnismäßigen schnellen Einsätze von Pfefferspray gegeben sowie aggressiven Gewalteinsatz gegen junge Blockierer auf der Goetheallee.

Mani Stenner: „Am Beueler Bahnhofsvorplatz stand ich direkt daneben. … den einen halb durchgeschlüpften Demonstranten hätten die Einsatzkräfte ohne Probleme wieder einfangen können. Stattdessen mussten wir erleben, dass ein Rettungswagen zur Bühne kommen musste, um Verletzte zu behandeln. Das war absolut unnötig und hat die Menschen dort in Panik versetzt“. …

Die bestehenden Konflikte mit der Polizeiführung will das Bündnis offen austragen. „Wir wollen offensiv die Rechte der Protestierenden gegen den Nazi-Spuk verteidigen“.

Bündnis Bonn stellt sich quer ■

Bautzen: Nazis blockiert – Route verkürzt

Bautzen. Unter dem Motto „Wir arbeiten – Brüssel kassiert“ hatte die sächsische NPD in Bautzen einen Aufmarsch geplant. Das Bündnis „Bautzen l(i)ebt bunt“, bestehend aus Gewerkschaften, Vereinen, Initiativen und Parteien, fand sich zusammen um entsprechende Gegenaktivitäten zu organisieren. So wurden mehrere Kundgebungsplätze rings um den Bautzener Bahnhof, dem Auftaktort der NPD Demonstration, angemeldet.

Die Versammlungsbehörde des Landkreises Bautzen brauchte fast einen Monat um über die vorliegenden Anmeldungen zu entscheiden. Jens Thöricht (LINKE), Anmelder einer Kundgebung, ging juristisch gegen den Satz „Der Versammlungsleiter ist dafür verantwortlich, dass die Teilnehmer vor Beendigung der Versammlung aufgefordert werden, den Zielort dergestalt zu verlassen, dass keine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung gegeben ist; etwaige Anschlussaktionen sind zu unterbinden“ vor und bekam Recht. Der Satz wurde aus dem Auflagenbescheid gestrichen. Die Kosten für das Verfahren muss der Landkreis tragen. „Der Landkreis Bautzen hätte das Geld sinnvoller in antifaschistische Projekte investieren können.“, so Thöricht auf der Kundgebung.

Gegen 9 Uhr wurden die ersten Kundgebungsplätze unmittelbar vor dem

Die Polizei konfisziert ein Transparent

Bahnhof Bautzen aufgebaut. Angemeldet waren diese von Vertreter_innen der SPD und der LINKEN. Bei sonnigem Wetter versammelten sich etwa 500 Menschen rund um den Bahnhof und machten deutlich, dass Nazis weder in Bautzen, noch anderswo willkommen sind.

Offensichtlich waren drei Beamte des Staatsschutzes nicht einverstanden damit, dass die Kundgebung ihnen keinen Anlass gab, Straftaten festzustellen und damit die Statistik politisch motivierter Kriminalität links anzufüllen. Anders lässt sich das provokante und überzogene Vorgehen – das Beschlagnahmen eines Transparentes nicht erklären.

Als sich gegen 12 Uhr ca. 200 Anhänger der extremen Rechte versammelt hatten, empfing diese ein lautstarker Protest. Da die Lautsprecheranlage auf Seiten der Nazis nicht funktionierte – Maik Scheffler war als Landesorganisationsleiter der NPD für diese verantwortlich – war von der Auftaktkundgebung am Bahnhof nichts zu hören. Deutlich vernehmbar waren die Gegendemonstrant_innen. Dank der anwesenden antifaschistisch eingestellten Menschen, konnte der Aufzug der NPD gegen 13 Uhr nur in eine Richtung loslaufen. Die Polizei hatte bis zum Schluss versucht, zwei Routen für die NPD Anhänger offen zu halten. Ein erster kleiner Erfolg für das Bündnis.

Der Aufzug wurde permanent durch lautstarke Proteste begleitet.

Sitzblockaden in der Wallstraße erzwangen eine Umleitung der NPD Demonstration, eine Zwischenkundgebung sagte die Verantwortlichen der NPD kurzfristig ab. Ein weiterer Erfolg für das Bündnis.

Ein juristisches Nachspiel wird das Verhalten eines Polizisten haben, der laut MdL Giegengack (Grüne) diesenach einem Wortgefecht gewaltsam zu Boden gerissen haben soll. Giegengack will nun Strafanzeige stellen und unterstützt die Forderung nach einer Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte. Der Beamte war nicht bereit „Name, Dienstnummer und Einheit zu nennen.“, so MdL Giegengack. Nach knapp 2 Stunden beendeten die Nazis ihre Demonstration am Bahnhof.

Erneut übertönten die Gegendemonstrant_innen die Abschlusskundgebung der Rechten.

Im Anschluss fand eine spontan angemeldete Demonstration zum Reichenturm statt. Damit wurde noch einmal auf den Naziproblem in vielen deutschen Städten aufmerksam gemacht und die Menschen zur aktiven antifaschistischen Gegenwehr aufgefordert. Dank an dieser Stelle an die Menschen im Hintergrund. Die, die für eine gute Kommunikationsstruktur gesorgt haben, die lecker vegane Burger an die Kundgebungsplätze gebracht haben, die den Tag vorbereitet haben.

Dank auch an all diejenigen, die an dem Tag aktiv unterwegs waren und den Nazis auf die ein oder andere Art klargemacht haben, dass sie nicht ungestört demonstrieren können.

Wahrscheinlich als Reaktion auf die gelungenen Protestaktionen attackierten am 2. Mai drei Nazis am hellerlichten Tag das Büro der Bundestagsabgeordneten Caren Lay (LINKE) in Hoyerswerda. Sie wurden von der Polizei vorläufig festgenommen.

Antifa Lausitz, Mai 2012 ■

1.Mai – Nazis in Celle und Lehrte vertrieben

Celles DGB-Kreisvorsitzender Paul Stern unterbrach das Grußwort von OB Dirk-Ulrich Mende (SPD) als unter den 340 Kundgebungsteilnehmenden ein Transparent aus braunem Tuch gezeigt wurde mit der Aufschrift „Die Nation lebt nur durch die Arbeit aller – 1.MAI Tag der Deutschen“ und dazu ein weiteres Transparent aus rotem Tuch mit dem Text: „Arbeit statt Jobs – Globalisten stoppen“. Der DGB-Sprecher rief „Das scheint offensichtlich eine neonazistische Provokation zu sein. Ich fordere alle Kollegen auf, sofort dafür zu sorgen, dass das Transparent entfernt wird. Nazis raus! Nazis raus!“ Sofort stimmten hunderte ins „Nazis raus!“ ein, während sich SPD-Funktionäre erst vor die Transparente stellten und dann beherzt gemeinsam mit KollegInnen gegen die widerborstigen Nazis zugriffen. Die etwa 10 Nazis um Anführer Dennis Bührig mussten schließlich unter Aufsicht einiger Polizisten den Platz verlassen. Nach 30 Minuten wurde die DGB-Kundgebung mit OB Mende am Mikro fortgesetzt: „Was man kaum heute sich noch vorstellen mag, diesen Tag der Arbeit, einen internationalen Tag der Solidarität missbrauchen, um faschistoides Gedankengut unter das Volk zu bringen. Von daher bin ich Ihnen umso mehr dankbar dafür, dass Sie hier solidarisch zusammen gestanden haben und ein deutliches Zeichen gegen Rechtsextreme gesetzt haben. Die haben hier keine Chance.“ (sh. celler-fernsehen und celleheute.de)

Bührig und Kameraden fuhren weiter ins 35 km entfernte Lehrte und rollten dort hinterm Stand der Linken ihre Transparente aus. Auch hier griffen, sich in der Nähe befindende Teilnehmende der DGB-Kundgebung beherzt zu. Die Nazis zogen wieder den Kürzeren und verschwanden. Im „Infoportal Freier Kräfte aus Celle“ versuchten sie anschließend ihre Aktionen zu begründen: „In Zeiten in denen Nationalisten ihre Grundrechte entzogen werden und es kaum mehr möglich ist, angemeldete Veranstaltungen in gewünschtem Rahmen durchzuführen, heißt das Losungswort der Stunde Flexibilität. In Celle und Lehrte suchten Nationalisten lieber den direkten Kontakt zu Bürgern und den Genossen der Gewerkschaften und Linksparteien, als in einigen hundert Kilometern im Polizeikessel zu stehen.“

Die Celler Kameraden hatten Unterstützung von der braunen Szene „Besseres Hannover“ und autonomen Nazischlägern aus Bückeburg. Zur NPD und zuvor eng befreundeten Kameradschaften haben diese Organisationen inzwischen ein gebrochenes Verhältnis.

Heide Bote ■

8. Mai: Pro NRW blamiert sich erneut

Am 8. Mai war es mal wieder soweit: Ausgerechnet am Jahrestag der Befreiung vom Faschismus hatten sich die RassistInnen von Pro NRW vor der (noch nicht fertiggestellten) Moschee in Ehrenfeld angekündigt, um dort mit antimuslimischen Parolen zu provozieren.

Das „Ehrenfelder Bündnis gegen Rechtsextremismus“ hatte ab 13:30 zu einer Gegenkundgebung aufgerufen. Diese fand schließlich nicht, wie zunächst geplant, direkt vor der Moschee statt, sondern noch hinter Pro NRW. Dadurch hatten die HetzerInnen von Pro NRW Sicht auf die Moschee. ZuschauerInnen oder -hörerInnen hatten sie dennoch keine – die Venloer Straße war vor der Moschee abgesperrt und das kleine Häuflein von nicht einmal 30 RassistInnen dadurch ziemlich isoliert.

Ihnen standen dafür etwa 400 GegendemonstrantInnen gegenüber, die es trotz der ungünstigen Zeit (Wochentags, mittags) nach Ehrenfeld geschafft hatten. Unter ihnen waren (neben vielen Ehrenfelder BürgerInnen) Gewerkschaftsmitglieder, die VVN-BdA, verschiedene VertreterInnen der Glaubensgemeinschaften, SozialdemokratInnen, Grüne und Linke – wobei auf der Kundgebung gemäß Absprache keine Parteifahnen zu sehen waren.

Über ein Megaphon gab es einige Redebeiträge. Josef Wirges, Bezirksbürgermeister von Ehrenfeld und einer der InitiatorInnen des Ehrenfelder Bündnisses, wies in seiner Rede noch einmal auf die Unverschämtheit hin, dass Pro NRW ausgerechnet den 8. Mai für seine reaktionäre Propaganda missbrauche.

Volker Beck, MdB für die Grünen und immer wieder Ziel von Beschimpfungen und Spott durch Beisicht und Konsorten, erinnerte in seiner Rede an die vor kurzem stattgefundene Razzia in Radevormwald, bei der Hinweise auf Verbindungen von Pro NRW zur militanten neofaschistischen Szene mehr als deutlich wurden. Jörg Detjen, Ratsabgeordneter für die Kölner Linksfraktion, kritisierte in seiner Rede auch deutlich den Staat und seine Verwaltung für ihre Rechtsblindheit – was gerade im Zuge der NSU-Morde wieder einmal mehr als deutlich wurde. Auch Rolli Brings war anwesend und machte in einem Redebeitrag und mit einem Lied deutlich, dass Pro NRW in Ehrenfeld nicht willkommen sind.

Auch an der Venloer Straße in der Nähe der U-Bahn-Haltestelle Piusstraße und an der Inneren Kanalstraße hatten sich DemonstrantInnen versammelt, um dem rassistischen Wahlkampf von Pro NRW eine klare Absage zu erteilen. Sehen konnte man die braunen Hetzer allerdings auch von dort nicht. Der kleine Trupp war von der Polizei abgeschirmt. Diese war mit einem Riesenaufgebot aufgelaufen – Wasserwerfer, Räumpanzer, Hunde. Vor der Gegenkundgebung gab es penible Kontrollen.

Glücklicherweise blieb es aber den ganzen Mittag über friedlich. Pech für Pro NRW, die sich dieses Mal wohl nicht als Opfer inszenieren können, sondern sich eingestehen müssen, dass der 8. Mai in Köln für sie kein Erfolg war, sondern nur peinlich. Um 15:30 war der Spuk dann auch schon wieder vorbei und die RassistInnen fuhren in 2 kleinen Vans davon.

Man kann nur froh sein, dass die Ehrenfelder Moschee die letzte Station der widerlichen „Freiheit statt Islam“-Wahlkampftour war. Denn Rassismus braucht niemand – nicht in Ehrenfeld und auch sonst nirgends. *jk* ■

Mannheim: Riesige Mobilisierung Nazis gestoppt! Großer Erfolg

Nach Medienangaben beteiligten sich 3500 Menschen an der diesjährigen Mai-Kundgebung in Mannheim. Sicherlich hat die Tarifverhandlungswut Viele auf die Straße gebracht. Nach dem Superjahr für die Konzerne nun endlich mal Geld in die Tasche! Das Wetter war auch gut und half sicher. Aber die Wut gegen die Nazis hat doch sehr viel Menschen mobilisiert als in den letzten Jahren. Viele, die sonst auf der „Revolutionären 1.-Mai-Demo“ unterwegs waren, demonstrierten mit vom Gewerkschaftshaus zum Marktplatz. Sie warteten auf den Abmarsch des Protestzuges, der auszog, die Nazis das Fürchten zu lehren und sie zu stoppen. Das „Mannheimer Modell“ unter der Marke „Mannheim gegen Rechts“ ging voll auf. ALLE, die etwas gegen Nazis haben, marschierten friedlich vereint vom Marktplatz die elend lange Strecke zum Bahnhof Neckarau. FDP’ler führten einen kleinen „Schwarzen Block“ an, die „ewig verdächtigen“ Demonstrationsgewohnten zwischen solchen Menschen, für die das Ganze eher ungewohnt war. Ein Mullah mit seiner Gruppe wurde gesichtet. Zahlreiche Kurdinnen und Kurden und viele andere MigrantInnen waren unterwegs. Sie wissen am besten, was sie von den Nazis zu erwarten hätten. Es war wirklich ein bunte Riesenansammlung von Menschen, die gemeinsam das Ziel verfolgten: „Wir stoppen die Nazis“ in Neckarau.

Dort angekommen hieß es an der Polizeiabsperrung vor dem Bahnhof erst mal Warten, denn die Nazis waren unterwegs unter ungeklärten Umständen stecken geblieben und hatten den Zug versäumt. Aber ca. 220 kamen dann doch. Auf der menschenleeren, nur von Polizei gesäumten Neckarauer Straße begaben sie sich über die Friedrichstraße zum Marktplatz Neckarau in hermetisch abgeriegeltem Raum. Zum Beginn ihrer Kundgebung läuteten die Glocken der beiden dortigen Kirchen 10 Minuten Sturm. Dann gedachten sie über die Rheingold- und Steubenstraße in die Mannheimer City weiterzulaufen und ihre menschenverachtenden und von Märtyrergesäusel geprägten Hetzreden abzusetzen. Doch damit wurde nichts. Nach wenigen 100 Metern war Schluss. Vor dem Volkshaus Neckarau hatten über 1.500 Menschen eine Blockade errichtet, die nicht mehr zu beseitigen war – auch nicht für die gewohnt gut ausgerüstete Polizei, die das elende Geschäft zu erledigen hat, den Nazis das verfassungsmäßige Demonstrationsrecht zu sichern, so lange sie noch nicht verboten sind. Nein – da war kein Durchkommen mehr. Die Nazis wurden 200 m auf Distanz gehalten und mussten nach einer für sie allzu frühen und publikumsfreien Schlusskundgebung zurück in den Nahverkehrszug. Ganz vorne an der Blockade-Absperrung der OB, alle vier Mannheimer Bundestagsabgeordneten, natürlich auch mit dem Abgeordneten der LINKEN, Michael Schlecht, Landtagsabgeordnete und Stadträtinnen und –räte. Aber vor allem die unübersehbare Masse der Menschen, die den Nazis Einhalt geboten haben. Bleibt zu hoffen, dass den Nazis nun mal wieder für mehrere Jahre die Lust vergangen ist. Wenn sie meinten, die demokratisch und menschenrechtlich gesinnten Menschen herumscheuchen zu können, dann kann man nur sagen: Ohne Nazis wären wir sicherlich nicht an diesem schönen 1. Mai am Neckarauer Bahnhof gewesen. Aber das antifaschistische Mannheim ist gestärkt, verbreitert und aktionsbereit aus diesem Tag herausgegangen.

Thomas Trüper, Mannheim ■

Naziaufmarsch in Hamburg

Am 2. Juni 2012 wollen Nazis aus dem gesamten Bundesgebiet unter dem Motto „Tag der deutschen Zukunft – Unser Signal gegen Überfremdung“ durch die Hamburger Innenstadt marschieren.

Nach dem die Faschist_innen bei ihrem letzten Aufmarschversuch am 1. Mai 2008 auf massiven und breiten Widerstand in Hamburg gestoßen sind, wagen sie nun nach über vier Jahren einen erneuten Anlauf. Dass ein solcher Versuch nicht ohne unsere Gegenwehr verläuft, versteht sich von selbst: Wir werden den Nazis entschlossen entgegentreten und ihre völkische Propaganda mit allen Mitteln und auf allen Ebenen angreifen. Die Kampagne der Neonazis ist völkisch-rassistisch, liebäugelt mit dem Rassismus der Mehrheitsgesellschaft und den Thesen von Thilo Sarrazin.

Der anstehende Aufmarsch hat für die lokale Naziszene große Bedeutung, denn seit dem versuchten Großaufmarsch im Mai 2008 hat sich die Hamburger Naziszene eher durch Dauerpatzer hervorgetan. Autonome und antifaschistische Gruppen mobilisieren zum 2. Juni und wollen den Aufmarsch zum Desaster machen.

Kein „Tag der deutschen Zukunft?“

Seit 2009 veranstalten Nazis jedes Jahr im Juni den „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ). Offiziell angemeldet wird er von der „Initiative Zukunft statt Überfremdung“, einer überregionalen Struktur von sogenannten Freien Nationalisten und NPD-Sympathisant_innen aus Norddeutschland. Die Organisator_innen sind zum Teil seit Jahrzehnten bundesweit agierende Schlüsselfiguren der norddeutschen Naziszene.

Der Anmelder Thorsten Schuster ist Mitglied der Hamburger NPD. Der Vorsitzende des Hamburger NPD-Landesverbandes, Torben Klebe, baute das inzwischen verbotene Netzwerk Blood & Honour auf. Sein Stellvertreter Thomas Steiner Wulff ist einer der ideologischen Väter des Konzepts der Freie Kameradschaften und war Anmelder des ersten TddZ in Pinneberg 2009. Bei den diesjährigen Aufmarschvorbereitungen steht der NPD zudem die Kameradschaft Neonazis in Hamburg (NIH) zur Seite, die von Tobias Thiessen und Inge Nottelmann geführt wird. Nottelmann war bereits Anmelderin des Naziaufmarsches in Hamburg-Barmbek am 1. Mai 2008. Daneben mobilisiert auch die sogenannte Weiße Wölfe Terrorcrew nach Hamburg.

Neonazistische Morde haben Kontinuität

Das Bekanntwerden der Mordserie des NSU und dessen Verstrickungen mit staatlichen Stellen wie dem Verfassungsschutz sorgte für eine breite gesellschaftliche Empörung. Auch wir trauern um die Opfer, aber wir sind auch wütend. Denn die politische und mediale Öffentlichkeit tut mal wieder so, als wären diese mörderischen Gewaltakte etwas völlig Neues, noch nie da Gewesenes. Rechte Gewalt hat in der Bundesrepublik jedoch eine lange Kontinuität. Bereits 1980 starben 13 Menschen bei der Explosion einer Bombe am Haupteingang des Münchner Oktoberfestes; und auch die Pogrome „ganz normaler Deutscher“ zu Beginn der 1990er Jahre oder die Gewalt gegen vermeintlich Nicht-Deutsche wie in Solingen oder Mügeln bedeuten für den deutschen Staat vor allem eins: die Gefahr, das selbst-inszenierte Image der geläuterten Nation zu verlieren, welche aus ihren historischen „Fehltritten“ gelernt habe. Über 180 Menschen wurden seit der „Wiedervereinigung“ durch Nazis getötet, zumeist ohne, dass dies einen ähnlichen öffentlichen Aufschrei ausgelöst hätte, wie das Bekannt werden der Morde des NSU. …

Widerstand gegen alle Formen von Rassismus

Wir werden am 2. Juni den Aufmarschversuch der Nazis mit vielfältigen Aktionen und Konzepten zum Desaster machen und dabei auch den gesellschaftlichen Rassismus thematisieren. Die Kämpfe gegen die großen Naziaufmärsche in Dresden und auch in Hamburg 2008 haben gezeigt, dass solidarisches und engagiertes Handeln erfolgreich ist. Das Konzept eines solidarischen Nebeneinander von Massenblockaden und direkten Aktionen wie in den letzten Jahren in Dresden wird auch in Hamburg umgesetzt – wir sind entschlossen, den Naziaufmarsch zu verhindern!

Wenn möglichst viele Menschen ihren Widerstand konsequent auf die Straße tragen, wird es für die politisch Verantwortlichen und die Polizei unmöglich, den Nazis den Weg frei zu machen. Mit vielfältigen Aktionen werden wir dies schaffen! Dabei sind wir nicht einfach nur gegen Nazis. Ebenso radikal richten wir uns gegen gesellschaftliche Zustände, welche neonazistischen Rassismus und Nationalismus durch Patriotismus und Deutschtümelei, durch den Glaube an das Volk und Diskussionen um den Wert von Migrant_innen sowie durch die Kriminalisierung des radikalen Antifaschismus decken und inhaltlich bedienen.

Dort, wo es ein großes Interesse gibt, Probleme lieber zu deckeln als sie einzugestehen; wo weder staatliche Institutionen noch die breite deutsche Gesellschaft ihren glaubwürdigen Willen zu einem echten Bruch mit den ideologischen Wurzeln des militanten Neonazismus beweisen, dort gibt es eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung für die rassistischen Morde an mittlerweile mehr als 180 Menschen seit 1989!

Wir werden den Naziaufmarsch am 2. Juni 2012 in Hamburg zum Fiasko machen!
Wir rufen alle Menschen dazu auf, sich an den Protesten und dem Widerstand mit ihren Mitteln zu beteiligen!
Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Aufmarsch zu verhindern!
Keine Zukunft für Nazis – Rassistische Zustände angreifen!

Autonome und antifaschistische Gruppen Hamburg
http://antifanord.blogsport.de ■

Hamburger Erklärung

Wir wollen eine offene, pluralistische, humane Gesellschaft, in der demokratische Grundwerte, politische Freiheit und soziale Rechte respektiert und gelebt werden. Das bedeutet auch, dass Menschen das Recht haben müssen, zu migrieren und Schutz vor Verfolgung zu finden. Wir treten ein gegen die menschenverachtende und antidemokratische Programmatik extrem rechter, neonazistischer Gruppierungen und Parteien, die ihr Weltbild auf Rassismus und Antisemitismus, Sexismus und Homophobie gründen. In den letzten 20 Jahren haben sie mehr als 140 Menschen umgebracht – sie ermordeten MigrantInnen, Obdachlose, Menschen mit Behinderung, Punks und andere Menschen, die nicht in ihr Weltbild passten. Sie streben einen gewaltförmigen faschistischen Führer-Staat an, in dem Andersdenkende verfolgt und Freiheitsrechte brutal unterdrückt werden.

Wir werden nicht zurückweichen vor den Einschüchterungsversuchen und Gewaltdrohungen von rechts, die wir auch in Hamburg auf vielen Ebenen deutlich erkennen. Die politische Diffamierung antifaschistischer Protestaktivitäten als Extremismus ist nicht hinnehmbar. Die Verbrechen und die politischen Bestrebungen

VVN-BdA verurteilt das Verbot demokratischer Proteste gegen europäische Finanzpolitik

Erklärung der hessischen VVN-BdA gegen das Verbot der Blockupy-Aktionen

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) Landesverband Hessen wendet sich gegen das Demonstrations- und Kundgebungsverbot, mit dem die für Mitte Mai in Frankfurt am Main vorgesehenen Proteste gegen das Spardiktat und die Fiskalpolitik der europäischen Regierungen und der Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF unterbunden werden sollen. Die Verbotsverfügung verletzt die Grundrechte auf Demonstrations-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Es widerspricht der inhaltlichen Verpflichtung auch der Hessischen Landesverfassung. Die Tatsache, dass die Proteste über mehrere Tage geplant sind, kann keine Begründung sein, diesen Widerstand gegen die Bankenmacht zu untersagen. Wir fordern die Aufhebung des Verbots.

Als antifaschistische Organisation wenden wir uns besonders auch deshalb gegen das Verbot, weil die Unterdrückung demokratischer Proteste gegen eine mit ungeheuren Belastungen, Demokratie- und Sozialabbau verbundene Politik letzten Endes dazu beiträgt, nazistische und neofaschistische Entwicklungen zu fördern. Gerade das gilt es ebenfalls zu verhindern. Wir treten ein für Freiheit und verfassungsmäßige Rechte, sowie gegen jeglichen Demokratieabbau.

VVN-BdA Landesverband Hessen ■

Gemeinsam gegen die Nazitreffen in Eschede am 23.06.2012

Seit Jahren finden in Eschede Treffen von Neonazis unterschiedlichster Couleur statt. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern haben leider schon Tradition. Diese als Brauchtumsfeiern daherkommenden Treffen dienen der norddeutschen Naziszene als sinnstiftende, Gemeinschaft fördernde Zusammenkünfte.

Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Termine und Aktionen abgestimmt, aber auch gefeiert. Das Ganze ist alles andere als harmlos. Die Ideologie der Nazis ist menschenverachtend und absolut nicht zu tolerieren. Auf diese Treffen nicht zu reagieren kommt einem Tolerieren gleich.

Dort, wo die Nazis ungestört sind, machen sie sich breit, sie nutzen die Möglichkeit, um neue junge Leute in ihre rechte Weltanschauung und ihr Nazilebensgefühl einzubinden.

Durch regelmäßige gemeinsame Naziaktivitäten – ungestört wie hier in Eschede, aber auch öffentliche, wie die ständigen Naziaufmärsche – verfestigt sich die Szene.

Wir wollen den Nazis deutlich zeigen, dass wir ihr Treiben nicht tolerieren! Seit im Winter 2001 das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus eine spontane Minikundgebung an der Zufahrtsstraße zu Hof Nahtz durchführte, haben sich die Demonstrationen gegen die Nazitreffen in Eschede zu einer Tradition entwickelt und so war die Demo am 17. Dezember 2011 von langer Hand geplant und dieses mal gemeinsam vom DGB/Celler Forum und dem Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte angemeldet.

Um Aufmerksamkeit auf dieses Thema zu lenken, wurden dreimal halbseitige Anzeigen in der CZ und im Celler Markt geschaltet; immerhin haben über 90 Personen und Gruppen diesen Aufruf unterstützt und die Finanzierung der Anzeigen ermöglicht.

Dass dann ca. 500 Menschen an der Demonstration teilnahmen hat die Veranstalter_innen doch überrascht und erfreut. ... Durch die großen Anzeigen wurde es für viele Menschen deutlich erkennbar, dass sie ihrer Empörung und ihrem Entsetzen Ausdruck verleihen können. So kamen eine Menge Menschen nach Eschede, die vorher noch nie dabei waren.

Auch 2012 mobilisieren die Nazis wieder zur Sonnenwendfeier. Das Diakonische Werk ruft dazu auf, öffentlich gegen das Treffen Position zu beziehen.

„Wir als Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus wollen den Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte unterstützen. Wir werden diesen Sommer wieder gemeinsam eine Demonstration in Eschede anlässlich der sogenannten Sonnenwendfeier durchführen. Im Dezember 2011 haben viele unseren Aufruf unterstützt. Wir wollen mit dem gleichen Text sowohl auf dem Plakat, dem Flyer als auch mit einer Anzeige in der Celleschen Zeitung aufmerksam machen.

Horst-Peter Ludwigs
Diakonisches Werk Celle ■

---

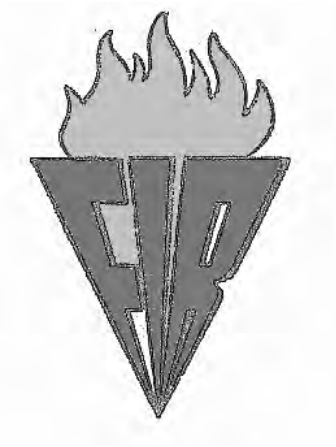
der Neonazis haben ihre ideologischen Wurzeln in rassistischen und diskriminierenden Einstellungen, die auch in der Mitte der Gesellschaft vertreten sind. Rassismus und jede Art von Ausgrenzung zu bekämpfen heißt für uns daher auch, strukturelle und alltägliche Diskriminierung jeglicher Art aufzudecken und zurückzuweisen.

Wir fordern staatliche und zivile Institutionen, Vereine, Kirchen und Wohlfahrtsverbände in Hamburg auf, sich mit uns politisch für eine solidarische, diskriminierungsfreie Gesellschaft einzusetzen und sich gegen die Umtriebe von Neonazis und Faschisten öffentlich zu positionieren.

Wir rufen auf zur Teilnahme an der Demonstration des HbgR gegen den Naziaufmarsch am 2.6.12.

Quelle: www.autonomleben.de, www.agfw-hamburg.de ■

Eindrucksvolles Jugendtreffen in der Gedenkstätte Auschwitz



Der Beweis der Lebendigkeit der antifaschistischen Idee und die Gemeinsamkeit der Generationen im historischen Erinnern und Handeln gegen Rassismus, Intoleranz und extreme Rechte heute waren die wichtigsten Botschaften des Internationalen Jugendtreffens von der vergangenen Woche in der Gedenkstätte Auschwitz. Anlässlich des Tages der Befreiung vom Faschismus und Krieg waren gut 1000 europäische Jugendliche und Veteranen des antifaschistischen Kampfes in Polen zusammengekommen, um sich der Geschichte und der Verantwortung für heute zu stellen.

Getragen von einer gemeinsamen Initiative des belgischen „Institute des Vétérans", der Auschwitz-Stiftung und der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten kamen Teilnehmende aus Belgien und Russland, aus Portugal und den Niederlanden, aus Deutschland und Ungarn sowie verschiedenen anderen europäischen Staaten zusammen. Den Kern bildete ein gemeinsamer „Zug der Erinnerung" von Brüssel nach Krakow, der hervorragend vom „Institute des Vétérans" organisiert worden war. Schon während dieser Fahrt kam es zu zahlreichen Begegnungen und Gesprächen, die sich bei dem Besuch der Gedenkstätte Auschwitz und der Besichtigung Krakows fortsetzten.

In einer gemeinsamen eindrucksvollen Zeremonie legten die Teilnehmenden aus den verschiedenen Ländern am 8. Mai 2012 an dem internationalen Gedenkstein in Auschwitz – Birkenau Blumen nieder. Zuvor hatten der belgische Premierminister Elio di Rupo, der ungarische Präsident der FIR Vilmos Hanti und der Vorsitzende der Auschwitz-Stiftung Baron Paul Halter in kurzen Ansprachen die historische und politische Bedeutung dieses Treffens unterstrichen.

Vilmos Hanti erinnerte an die Befreiung des Lagers durch die sowjetische Armee und mahnte:

„Es ist notwendig, wahrheitsgemäß diejenigen Kräfte zu benennen, die den Faschismus an die Macht gebracht haben. Außerdem sollten wir, neben denjenigen, die das Leben von vielen Menschen retteten, auch an den Heldenmut jenen erinnern, die der faschistischen Barbarei widerstanden. Und vergesst nicht, dass der Kampf gegen Faschismus siegreich war, weil Menschen ganz unterschiedlicher Überzeugung gemeinsam handelten."

Elio di Rupo überbrachte die Grüße des belgischen Königs, der die Schirmherrschaft über dieses Treffen übernommen hatte. Nachdem di Rupo zuvor gemeinsam mit dem Auschwitz-Überlebenden Paul Halter und einigen Teilnehmenden des Jugendtreffens die Gedenkstätte besucht hatte, wiederholte er in seiner Ansprache das berühmte Zitat von Martin Niemöller „Zuerst holten die Nazis die Kommunisten, ich schwieg, weil ich kein Kommunist war ...", und forderte die Jugendlichen auf, sich jederzeit und überall gegen Fanatismus und Unrecht einzusetzen. Es sei unannehmbar, dass Menschen in Angst leben müssten wegen ihrer Hautfarbe, ihrer Glaubenszugehörigkeit oder ihres Andersseins.

Dieses Treffen hinterließ bei allen Teilnehmenden, den Jugendlichen und ihren Betreuern, die oftmals zum ersten Mal in Auschwitz waren, sowie den Veteranen, einen sehr starken Eindruck. Und man versicherte sich gegenseitig, dieser Verpflichtung auch im Alltag nachzukommen.

Dr. Ulrich Schneider
Generalsekretär der FIR

Jugendliche aus 8 Ländern beim Internationalen workcamp Bergen-Belsen

Bergen-Belsen/ Celle. Am Internationalen workcamp Bergen-Belsen christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände nahmen 60 Jugendliche aus 8 Ländern teil: Litauen, Russland, Belarus, Slowakei, Niederlande, Israel, Südafrika, Deutschland. In vielen workshops setzten sie sich mit der Lagergeschichte emotional und sachlich auseinander. Neben künstlerischen Angeboten, standen die Gegenüberstellung von Apartheit und Holocaust, der spätere Umgang mit lokaler NS-Geschichte im benachbarten Celle, Diskriminierung und Rassismus, Flüchtlingspolitik und Neonazis heute.

Foto: IWC-BBelsen2012

Zum Bergen-Belsen-Gedenktag, 10 Tage nach Ende des Internationalen workcamp, reisten noch mal fast alle deutsche Teilnehmenden an. Zwar gab es keine Einladung zur großen Gedenkfeier von Landesregierung und Landesverband jüdischer Gemeinden, aber von den ehrenamtlich Engagierten. Bei den Gedenkfeiern auf dem Friedhof der sowjetischen Kriegsgefangenen Belsen-Hörsten (Veranstalter DGB und VVN/BdA) und an der Rampe Bergen (Veranstalter AG Bergen-Belsen eV) berichteten sie über ihre Arbeit und ihre Erfahrungen und sie hatten ihre Transparente mitgebracht. Im workcamp wurde mit vielen kreativen Methoden gearbeitet und aktueller Rassismus auf der Grundlage der historischen Nazi-Verbrechen diskutiert.

Zitate Jugendlicher bei den Gedenkfeiern:

„Beim Stadtrundgang in Celle erfuhren wir, wie der Widerstand der ArbeiterInnenbewegung von den Nazis verfolgt wurde, wer die Synagoge zerstörte und wer als Nazi-Verbrecher nach dem 2. Weltkrieg problemlos Karriere machen konnte, ja sogar Oberbürgermeister und Ehrenbürger wurde. Wir informierten uns, wie von diesem Truppenübungsplatz

→

Deutsche helfen Deutschen!

Von wegen : „Nazis aus dem Takt bringen“

Die Gruppierung „Besseres Hannover“, die seit 2009 in Hannover agiert, hat vor den Schulen ein Flugblatt verteilt unter der Überschrift: „Deutsche helfen Deutschen“. Darin ist zu lesen: „In Zeiten Orwellscher Umdeutung und Neusprech-Richtlinien mit Gogglezensur der Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Schriften wird es Zeit ein Ausrufezeichen zu setzen! Wir bieten Euch ab heute Hilfestellungen an, für Referate und Hausarbeiten! Jenseits von Betroffenheitsgymnastik und Toleranzterror zeigen wir Euch die Quellentexte, die Euch die Lehrer verschweigen! Wer definiert denn die Meinung? Wer definiert denn Realität? Es sind die Herrenmenschen! Wehr dich mit Wissen! ...“

Die Gruppe „Besseres Hannover“ verteilt seit 2010 an Hannoverschen Schulen die rechtsextreme Zeitschrift „Bock – Das Sprachrohr“. Die Zeitung wurde mehrere Male wegen ihres Inhalts von der Polizei eingezogen. … In den vergangenen Monaten fiel die rund 40 Personen starke Gruppe mit Provokationen auf . Mit Masken, die das Konterfei von Polizeipräsident Axel Brockmann zeigten, liefen sie im 11. Februar bei einer Demonstration gegen Internetzensur auf und provozierten Auseinandersetzungen mit anderen Demonstranten. Die Polizei nahm 26 Rechte fest. Auf der Homepage der rechtsextremen Truppe (die von Kalifornien gehostet wird) war ein Video zu sehen. Vor einem Döner-Imbiss tritt ein als Bär verkleideter Mensch auf. Er wirbt für die Abschiebung ausländischer Mitbürger und reckt die rechte Hand zum Hitlergruß in die Höhe. Darüber stand ein Text, der bei vielen Kommunalpolitikern Besorgnis hervorrief: „Wir kündigen hiermit an, dass wir für die Durchsetzung unserer politischen Ziele und zur Bewahrung unserer Kultur im nächsten Jahr eine neue Waffe einsetzen werden. Wir nehmen es nicht mehr hin, dass die Abschiebung von Ausländern in ihre Heimat von den Medien als etwas Schreckliches dargestellt wird. Wir haben die Schnauze voll und können auch anders!“

Per Mail erhielt die Landessozialministerin Aygül Özkan (CDU) bereits im Dezember 2011 eine eindeutige Drohung der Gruppe, das Bären-Video war angehängt. Die Mail soll von einem Mitglied – dem Ex-NPD-Chef von Hannover – verschickt worden sein.

Seit der Gründung 2009 hat die Polizei 22 Strafverfahren mit Bezug zu „Besseres Hannover“ eingeleitet – unter anderem wegen Propagandadelikten und Körperverletzung. Die Ermittlungen haben sie offensichtlich nicht eingeschüchtert.

Derzeit werden auf der Homepage Zitate von Politikern veröffentlicht und dann kommentiert. Der einleitende Text dazu lautet: „Mittlerweile sollte jedem, der uns etwas näher kennt, klar sein, dass wir dem System der BRD und seinen parlamentarischen Vertretern extrem ablehnend gegenüberstehen. …

Der Widerstand gegen „Besseres Hannover“ formiert sich Am 8. Juni ist ein

Konzert unter dem Titel „Nazis aus dem Takt bringen!“ geplant. In dem Aufruf heißt es: „Wir sagen: Es reicht! Am 08. Juni um 18 Uhr versammeln sich SchülerInnen, Studierende und Azubis auf dem Steintorplatz in Hannovers Innenstadt, um gemeinsam ein Zeichen gegen die aggressiver werdende Neonazis-Szene in der Region zu setzen. Verschiedene bekannte Bands aus der Region Hannover ... haben sich dazu bereiterklärt, bei der Veranstaltung ordentlich für Stimmung zu sorgen! Der Stadtschülerrat Hannover lädt gemeinsam mit der SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) alle Schülervertretungen herzlich dazu ein, an diesem Abend so genannte „Braune Tonnen“ entgegenzunehmen, in welchen Propagandamaterial von Neonazis entsorgt werden kann. Ziel ist es, viele Schulen in und um Hannover zu „Nazifreien Zonen“ zu erklären. ... Wir haben die Hetze der Nazis satt! … Soziale Probleme können wir nur gemeinsam und solidarisch lösen, unabhängig von Hautfarbe, Pass oder sexueller Orientierung! Nazipropaganda hat weder in Hannover noch sonst wo etwas zu suchen! Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!“

bee ■

Quelle: Homepage „Besseres Hannover – Homepage sdajniedersachsen

---

aus der Überfall auf die Sowjetunion stattfand und wie der Tod hier in die Lager für sowjetische Kriegsgefangene zurückkehrte. Unsere osteuropäischen workcamp-Gäste erinnerten daran mit einer beeindruckenden Feierstunde.“

Weil in Celle immer noch Straßen nach Nazis benannt sind, hängten sie Erläuterungen an Straßenschilder oder die Frage: „Möchten Sie in einer Nazi-Straße wohnen?“ In Eschede informierten sie sich über den Nazi-Hof, über Widerstand und darüber, dass es nicht erlaubt ist, für den von Neonazis ermordeten Peter Deutschmann einen Gedenkstein aufzustellen. Die 182 von Neonazis seit 1990 Ermordeten veranlassten die Jugendlichen zu einem flashmob auf der Celler Stechbahn.

Beeindruckt hatten die Internationale Gruppe nicht nur Gespräche mit der KZ-Überlebenden Hedi Fried, sondern auch mit einem Flüchtling, der die deutsche Asylpraxis als diskriminierend erlebte.

Zitate von Jugendlichen:

„Mich hat sehr schockiert, dass es in Deutschland noch so viele Neonazis gibt. Durch Raili, eine Antifa-Kämpferin, wurde uns deutlich gemacht, dass wir weiterhin stark bleiben müssen. Ich bin der Meinung, dass durch solch ein workcamp man eher gegen Neonazis agiert.

Wir haben in diesen Tagen gemeinsam gearbeitet, gefeiert und viele neue internationale Freundschaften geschlossen.“

„Die oft sehr ernsten und erschreckenden Themen wurden durch die Zusammenarbeit mit den Teamenden und den vielen internationalen Teilnehmenden gut vermittelt und man hatte ständig Gelegenheit sich auszutauschen.“

C.B. ■

Bericht von Ieva aus Litauen und Noam aus Israel:
Wir trafen uns mit der sehr netten Frau Raili Preuss, die mit antifaschistischen Gruppen arbeitet. Raili organisiert und beteiligt sich an Demonstrationen gegen Neonazis. Sie hat uns einige Geschichten aus ihren Erfahrungen erzählt.

Die erste Geschichte handelt von Peter Deutschmann, der von Neonazis 1999 ermordet wurde. Sie hat mit einer kleinen Gruppe von Leuten versucht, einen Gedenkstein für Peter in Eschede aufzustellen. Die meisten Leute sind ohne Grund gegen diese Idee, auch der Gemeinderat. Raili gibt nicht auf und sie wird es nicht tun, bis sie ihr Ziel erreicht hat. Während unseres Zusammenseins mit ihr sahen wir Plätze, an denen solche Demonstrationen stattgefunden haben. Während unserer Fahrt, hat sie mit uns ihre Emotionen und Gefühle geteilt. Sie hat uns davon erzählt, wie Leute vor Ort sie behandelt haben und wie roh sie waren. Raili hat uns auch den Neonazi-Hof bei Eschede gezeigt. Charly hat einen Mann, der neben dem Haus stand, gefragt, ob er Neonazi sei und er hat „JA“ gesagt.

Nach diesem Ausflug waren wir geschockt. Es ist sehr traurig, dass sich die Leute weder um ihr Land, noch um ein Dorf kümmern. Von Raili haben wir viel gelernt. Sie ist eine sehr starke und mutige Frau. Wir werden versuchen, ihre Erfahrungen in unser eigenes Leben mitzunehmen.

Nach der Präsidentschaftswahl

Zur Wahlniederlage der Rechten und extremen Rechten im zweiten Durchgang der französischen Präsidentschaftswahl

Nicolas Sarkozy hält mindestens einen Rekord: den des am schnellsten wieder abgewählten Präsidenten Frankreichs. Nach fünf Jahren im Amt macht das im Mai 2007 angetretene Staatsoberhaupt nun seinen Abgang.

Vor ihm wurde bislang erst ein Präsident unter der Fünften Republik nach seinem ersten Mandat abgewählt, Valéry Giscard d'Estaing im Jahr 1981. Allerdings dauerten die Amtsperioden der französischen Präsidenten damals noch sieben Jahre. Hingegen absolvierten Charles de Gaulle, François Mitterrand und Jacques Chirac alle mindestens zwei Amtszeiten. Georges Pompidou zählt in diesem Zusammenhang nicht: Er fällt gewissermaßen aus der Reihe, weil er nach knappen fünf Jahren im Elysée-Palast an einer Krankheit starb.

In Anbetracht seines scharfen Polarisierungskurses in der Schlussphase des Wahlkampfs – 60 bis 70 Prozent der Wahlpropaganda der regierenden UMP waren in den letzten Wochen einer Kampagne gegen das Ausländerwahlrecht und für verschärfte Grenzkontrollen gewidmet -, seiner konkreten Politik in den letzten Jahren vor allem auf dem Gebiet der Steuergerechtigkeit und seiner persönlichen Bilanz erhielt er mit 48,4 Prozent immer noch erstaunlich viele Stimmen. Zumal die beiden bestplatzierten Bewerber nach ihm auf der Rechten, die beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahl vertreten waren, beide nicht für ihn stimmen mochten.

Der Mitte-Rechts-Oppositionspolitiker François Bayrou – in Deutschland stünde er auf dem gemäßigten Modernisiererflügel der CDU – erklärte drei Tage vor der Stichwahl, er selbst werde für François Hollande stimmen. Besonders, weil Sarkozy „einen verrückten Wettlauf mit der extremen Rechten" eingegangen sei. Seinen Wählern, 9,1 Prozent in der ersten Runde, ließ er die Entscheidung jedoch offen.

Die grundsätzliche Einschätzung Bayrous über den Kurs des Regierungslagers wurde im Übrigen auch von einigen Parteigänger/inne/n Nicolas Sarkozys geteilt. Seine frühere Umweltministerin Chantal Jouanno monierte beispielsweise, der scheidende Präsident habe „die Worte und die Agenda (*Anm.: d.h. die Themensetzung*) des Front National glaubwürdig gemacht". Ein sozialdemokratischer Stadtrat in Strasbourg, Paul Meyer, wiederum sorgte für böses Blut bei den Anhängern der Rechtsregierung. In einer Twitter-Nachricht vom 26. April 12 fragte er ironisch: „Wie viele Anders Behring Breiviks befinden sich in den Autos, in den Zügen, in den Bussen, die zu Sarkosys Veranstaltungen anfahren?" Eine glasklare Anspielung auf einen Ausspruch Marine Le Pens. Diese hatten nach den Morden eines djihadistischen Attentäters, Mohammed Merah, in Toulouse und Montauban im März ihre Ausländerhetze auf die Formulierung zugespitzt: „Wie viele Mohammed Merahs befinden sich in den Flugzeugen, in den Schiffen, die jeden Tag voll mit Einwanderern in Frankreich ankommen?"

Die rechtsextreme Kandidatin Marine Le Pen, die in der ersten Runde 18 Prozent der Stimmen erhielt, gab ihrerseits ebenfalls keine explizite Wahlempfehlung für die Stichwahl ab. „Persönlich" kündigte sie jedoch an, in der Stichwahl ungültig zu stimmen. Dies verkündete sie bei der 1. Mai-Kundgebung des Front National in Paris.

Die Rechte und extreme Rechten am 1. Mai 2012

Aus Platzgründen können wir in den folgenden Abschnitten keinen ausführlichen Bericht über die 1. Mai-Kundgebungen der Rechten (unter Nicolas Sarkozy) und der extremen Rechten (unter Marine) Le Pen) in Paris wiedergeben. An dieser Stelle verweisen wir darum auf unsere Online-Reportage vom 01. 05. dieses Jahres, die kostenlos hier gelesen werde kann:
http://www.trend.infopartisan.net/trd5612/t355612.html

Tatsächlich votierten 51 Prozent ihrer Anhänger/innen für Sarkozy, 15 Prozent für Hollande, der Rest nicht oder ungültig. Entgegen der Haupttendenz in der Anhängerschaft wünschte der Apparat des Front National jedoch die Niederlage Sarkozys, um für die Zukunft die eigene Partei auf den Trümmern der etablierten Rechten zu stärken. Dabei hatte Nicolas Sarkozy der Partei in der letzten Zeit so schöne Augen gemacht, und unter anderem den FN vor laufenden Kameras wörtlich als „vereinbar mit der Demokratie" bezeichnet. Die rechtsextreme Partei benutzt heute noch als ihr Symbol jene Flamme in den Nationalfarben, die dereinst von Italiens Neofaschisten entworfen wurde, um die aus dem Sarg in den Himmel auffahrende Seele Benito Mussolinis darzustellen.

Im Kontext der sozialen und ökonomischen Krise hatte die Führung der bürgerlichen Rechten unter Sarkozy sich offenkundig für eine Strategie entschieden, die man im Französischen unter dem Motto Ca passe ou ça casse resümierten könnte. Das hieß: Entweder kommen wir mit unserem riskanten Versuch durch, oder wir scheitern und gehen gleich in die Opposition.

Gegenüber dem vordergründig weichen, auf sozialen Konsens und Integration von Protestpotenzialen abzielenden Kurs des rechten Sozialdemokraten François Hollande versuchte das konservativ-wirtschaftsliberale Lager solcherart den Durchmarsch. Es spekulierte dabei darauf, durch die Krisenfolgen sei die Gesellschaft bereits reif genug geschossen, um etwa eine scharfe Einschränkung der Gewerkschaftsrechte hinzunehmen. Oder einen verschärften Sozialabbau, begleitet von massiver Ausländerhetze: Unter den Wähler/inne/n Sarkozys in der Stichwahl geben 65 % an, ihre Wahl sei durch die Sorge um „Staatsverschuldung und Haushaltsdefizite" motiviert, und 53 %, es sei aus Sorge um „Einwanderung"; dies waren mit Abstand die beiden wichtigsten Wahlmotive in ihrem Lager. (Vgl. http://www.rue89.com/rue89-presidentielle/2012/05/07/le-peuple-de-droite-est-toujours-la-et-bien-la-231961)

Wenn dies nicht der Fall sei, so kalkulierte die bürgerliche Rechte, werde man lieber in die Opposition gehen und der Sozialdemokratie die ordinäre Krisenverwaltung überlassen. Falls diese dabei scheitert, will man in wenigen Jahren wiederkommen – und zwischendurch die Bündnisfrage gegenüber der extremen Rechten „klären".

Auf François Hollande lastet also eine schwere Verantwortung, auch für die Zukunft der bürgerlichen Demokratie. Scheitert er, oder enttäuscht er einen beträchtlichen Teil seiner Wähler/innen (wie François Mitterrand in den Jahren nach 1981), so dürfte die Alternative zur nunmehr regierenden Mitte lauten: ganz rechtsaußen. Konservative und Faschisten würden dann beim nächsten Regierungswechsel im Geschenkpaket zusammen auf den Gabentisch kommen.

Wer wählte rechtsextrem, und warum?

Über die regionale Aufteilung der FN-Hochburgen haben wir bereits in der vorigen Ausgabe der AN berichtet. Interessant ist auch noch die von diesen Wähler/inne/n vorgenommene Selbsteinstufung im sozialen Kontext der Gesamtgesellschaft.

Die Pariser Tageszeitung Libération (vom 25. April 12) druckte eine Umfrage ab, die das „psycho-soziale Profil" der jeweiligen Wählerschaft der fünf gewichtigsten Präsidentschaftskandidaten zum Gegenstand hat. Dazu wurden die befragten einzelnen Wähler/innen aufgefordert,

sich selbst auf der sozialen Stufenleiter einzustufen. Das Ergebnis ist in mehrerlei Hinsicht interessant. Aufschlussreich ist etwa die Frage danach, ob die Befragten schätzen, dass ihre eigene soziale Situation „sich eher verbessert", „sich eher verschlechtert" oder aber „Alles in Allem gleich bleibt".

In der Kategorie 1 ebenso wie in der Kategorie 3 ist jeweils Nicolas Sarkozy führend – je 43 % der Umfrageteilnehmer/innen, die sich in diese Kategorie einordnen, stimmen für Sarkozy und machen aus ihm den stärksten Kandidaten in ihrer Gruppe. In der Kategorie Nummer 2, welche eine Verschlechterung ihrer eigenen sozialen Situation feststellt oder befürchtet, ist wiederum der Sozialdemokrat François Hollande führend: 31 Prozent in dieser Kategorie Nummer 2 stimmen für ihn, gegenüber 28 % in der Kategorie Nummer 3 und 24 % in der Kategorie Nummer 1. Die Unterschiede sind also bemerkbar, jedoch nicht riesig.

Und wie sieht es nun bei der rechtsextremen Wählerschaft aus? Bei ihr fällt der Unterschied außerordentlich markant aus. Denn 22 % derer, die eine Verschlechterung ihrer eigenen sozialen Situation feststellen oder aber befürchten, stimmen für Marine Le Pen. Dagegen nur die Hälfte so viel, nämlich 11 %, in der Kategorie derer, die von einer Verbesserung ihrer Situation ausgehen (und 9 % unter jenen, die ihre Lage insgesamt unverändert sehen).

In einer weiteren Statistik werden die jeweiligen Wählerschaften danach befragt, wie sie selbst ihre Geisteshaltung gegenüber der Gesellschaft bewerten. Dazu stehen zur Auswahl: „Optimistisch", „Vertrauensvoll", „Glücklich", „Indifferent (= gleichgültig)", „pragmatisch", „Besorgt", „Desillusioniert" und „Empört (Révolté)". Dabei schneidet der Sozialdemokrat François Hollande führend in den Kategorien der „Optimisten" (32 %), der „Glücklichen" (31 %) sowie der „Desillusionierten/Enttäuschten" (29 %) ab. Und Amtsinhaber Nicolas Sarkozy gewinnt in den Kategorien der „von Vertrauen Erfüllten" (42 %) – das an den Tag gelegte Vertrauen scheint dabei eine autoritäre Polung zu verraten –, der „Pragmatischen" (mit 32 %), aber auch der „Besorgten" (30 %).

Das Publikum der extremen Rechten sticht an dieser Stelle wiederum durch eine Besonderheit hervor, und diese fällt besonders markant aus. An führender Stelle schneidet seine Kandidatin Marine Le Pen nämlich in denjenigen Kategorien ab, die sich gegenüber der Gesellschaft insgesamt „indifferent/gleichgültig" erklären – mit 53 % –, aber auch bei denen, die sich als „empört" einstufen (mit 30 %).

Die Wahl Marine Le Pens ist also sowohl Ausdruck einer pervertierten sozialen Protesthaltung, die sich auf diffuse und bewusstlose Weise mit dem Stimmzettel irgendwie gegen „die da oben" richten möchte. Als auch einer im Wortsinne „asozialen" (= d.h. buchstäblich „gesellschaftslosen"), nur noch auf das eigene Vorankommen bedachten, auf das Wohl oder Wehe der übrigen Gesellschaft einen Scheißdreck gebenden Geisteshaltung.

Neue Konfiguration des sozialen Raums

Glaubt man Pressestimmen, wissenschaftlichen oder halbwissenschaftlichen Analysen und vielen Politikerstimmen, so sind aktuell nicht mehr die traditionellen Banlieues (d.h. die oft „soziale Brennpunkte" darstellenden Trabantenstädte der großstädtischen Ballungsräume) das Sammelbecken Nummer Eins für soziale Probleme und aus den Kernstädten verdrängte Bevölkerungsgruppen. 80 Prozent der unterhalb der Armutsgrenze angesiedelten Einwohner/innen Frankreichs leben inzwischen nicht mehr in den urbanen Ballungsräumen (einschließlich ihrer Banlieues), sondern außerhalb davon. In früheren Zeiten hingegen konzentrierte sich das soziale Elend – von der seit den 1960er Jahren schnell sinkenden Zahl von abhängigen Landarbeiten, Knechten und Mägden abgesehen – sehr viel stärker in den Trabantenstadtzonen.

Die etablierte Politik versucht heutzutage vielmehr seit einigen Jahren die Einwohner/innen/zahl der Banlieues im klassischen Sinne auszudünnen. Etwa durch die Zerstörung von architektonischen Strukturen – Plattenbauriegel oder besonders massive Hochhäuser –, die in besonders großer Zahl auf engem Raum Bewohner/innen konzentrieren. Spektakuläre Hochhaussprengungen fanden etwa in den Jahren 2010 und 2011 statt. Die neue vermeintliche Zauberlösung der staatlichen Politik lautet: Die Architektur ist schuld – sie ist unmenschlich, treibt die Leute in Sinnverlust und Kriminalität. Stattdessen gilt es, möglichst viele Menschen über „kleinere Einheiten" zu verteilen.

Die Realität sieht dann wie folgt aus: Zwecks „Sanierung" bestimmter Trabantenstädte werden deren Bewohner/innen in „weiter draußen" – das heißt 30, 40 oder 50 Kilometer außerhalb von Paris – gelegene Kommunen umgesiedelt. Dort werden kleinere Hochhausbauten, Ein- oder Mehrfamilienhäuser hochgezogen; oft durch Errichtung von hässlichen und ein monotones Erscheinungsbild abgebenden, aber als zweckmäßig geltenden Fertighäusern. Die nicht nur hässliche, sondern auch (u.a. wegen des dadurch notwendig werdenden, hohen Benzinkonsums) ökologisch bedenkliche Zersiedlung der Landschaft wird dadurch noch forciert. Im Raum Paris füllt sich so beispielsweise das flächenmäßig riesige und bislang von allen Bezirken der Hauptstadtregion am dünnsten besiedelte Département Seine-et-Marne – es beginnt circa 15 Kilometer östlich von Paris und reicht bis in eine Entfernung von 70 Kilometern – allmählich auf. Es weist mit 19,7 % Anteil an FN-Stimmen gleichzeitig den mit Abstand höchsten Stimmenanteil für den FN in der gesamten Pariser Region auf.

Dieses „Frankreich, das leidet", aber nicht zündelt, sondern „unsichtbar bleibt" oder vor dem Fernsehbildschirm zu Hause die Fäuste ballt, wird zunehmend von den Berater/inne/n der wichtigsten Politiker/innen und anderen selbsternannten „Expert/inn/en" beschworen. Entscheidenden Einfluss auf die Umgebung Nicolas Sarkozys nahm in diesem Sinne ein Buch, das von dem – als eher links geltenden – Geographen Christophe Guilluy verfasst und Ende 2010 veröffentlicht wurde: Fractures françaises.

In diesem Buch beschreibt der Verfasser einen neue gesellschaftliche Gruppe in Frankreich, die an vielen sozialen Problemen leide, deren Unmut sich aber weder in kollektiven sozialen Unruhen manifestiere noch in klassischen Aktionsformen der Arbeiterbewegung (Streiks, Demonstrationen). In einem bislang tendenziell als Niemandsland aufgefassten Raum – weder richtig Stadt noch richtig Land – legten deren nunmehrige Bewohner/innen, so eine der Hauptthesen des Buches, ein starkes symbolisches „Bedürfnis nach Grenzen" an den Tag. Grenzen zum Schutz vor den Verheerungen der Globalisierung durch Abwanderung von Fabriken, Grenzen zum Schutz vor der Konkurrenz durch ausländische Arbeitskräfte. Und Grenzen zum Schutz vor dem Herüberwuchern derjenigen Probleme, die die klassischen Banlieues auszeichnen: Unruhen, Kriminalität, starke Konzentration von Einwanderern.

In den alten Trabantenstädten wählt man historisch eher links, heutzutage oft gar nicht. In dem als „peri-urban" bezeichneten Raum – d.h. in den um die städtischen Ballungszentren herum liegenden, „halbstädtischen" Zonen – wählt man, sofern überhaupt, oft rechtsextrem. Ansonsten ist man tendenziell mit seiner sozial bedingten Wut vor dem Fernseher, welcher Negativ- und damit Schreckbilder aus den „alten" Banlieues überträgt, allein. Oftmals sind die Einwohner/innen hierher in halb ländliche Zonen hinausgezogen, um von den sozialen Verwerfungserscheinungen in eben diesen Banlieues verschont zu bleiben und „ihre Ruhe zu haben". Und werden nunmehr entweder durch die Ausbreitung der sozialen Krise eingeholt oder aber durch das Verschwinden von in der Nähe liegenden Arbeitsplätzen sowie das Ansteigen der Spritpreise (für in den städtischen Kernzonen arbeitende Pendler/innen) hart erfasst.

Auf dieses „peri-urbane" Frankreich, so lautete die Strategie vieler Wahlkämp-

Verzögerung der Eröffnung des Berliner Flughafens BBI ist erfreulich!

Die Verschiebung der Eröffnung bietet den politisch Verantwortlichen Zeit, um ihre Pläne zum Bau einer Hafteinrichtung für Flüchtlinge am BBI nochmals zu überdenken.

PRO ASYL begrüßt die heute bekannt gewordene Verschiebung der Eröffnung des neuen Berlin-Brandenburger Großflughafens. „So haben die politisch Verantwortlichen Zeit gewonnen, die dort geplante Hafteinrichtung für Asylsuchende nochmals zu überdenken“, so Marei Pelzer, rechtspolitische Referentin von PRO ASYL „Wir brauchen keinen weiteren Flughafenstandort, an dem Asylsuchenden in einem Schnellverfahren im Flughafentransit abgespeist werden“, so Pelzer.

Das geplante Flughafenverfahren missachtet rechtsstaatliche Standards. Das Verfahren sieht vor, dass Asylsuchende noch im Transit abgefangen werden und sodann ihr Asylverfahren direkt am Flughafen durchlaufen müssen. Die normalen Rechtsmittelfristen werden dabei drastisch verkürzt.

PRO ASYL wendet sich grundsätzlich gegen dieses 1993 eingeführte Schnellverfahren am Flughafen. In der Vergangenheit hat es zu fatalen Fehlentscheidungen geführt, die bis hin zu Zurückschiebung von gefährdeten Personen in den Verfolgerstaat führten. So wurden die Asylanträge zweier Deserteure aus Eritrea im Jahr 2008 im Flughafenverfahren als offensichtlich unbegründet abgelehnt. Unmittelbar nach ihrer Abschiebung wurden sie in einem Geheimgefängnis in Eritrea inhaftiert.

PRO ASYL fordert die verantwortlichen Politiker auf, auf das Abschreckungsinstrument „Flughafenverfahren“ zu verzichten und Schutzsuchenden ein faires Asylverfahren unter rechtsstaatlichen Bedingungen zu gewähren.

Quelle: Presseerklärung http://www.proasyl.de 08.05.2012 ■

Ende des blinden Vertrauens:

Abschiebung in Deutschland widerspricht EU-Recht

Deutsche Asylgesetze widersprechen europäischen Grundrechten.

Zu diesem Ergebnis kommt ein Rechtsgutachten, das gemeinsam von Flüchtlingsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden und Juristenorganisationen in Auftrag gegeben wurde und das sich mit den Folgen eines Grundsatzurteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. Dezember 2011 befasst. Deshalb fordern diese Verbände und Organisationen die Bundesregierung auf, „die Asylgesetzgebung in Deutschland umgehend zu ändern.“

Das Gutachten kommt zu den Schluss, dass der abschiebungsbedrohte Schutzsuchende effektiven Rechtsschutz genießen können muss, wenn der Gesetzgeber ihn in einen anderen EU-Staat abschieben will. Außerdem ist das blinde Vertrauen des Gesetzgebers, dass die Menschenrechte von Asylsuchenden in anderen Mitgliedstaaten beachtet werden, unzulässig und steht im Widerspruch zu geltendem EU-Recht.

Für Deutschland führt das Urteil zu einem weit reichenden und längst überfälligen gesetzgeberischen Änderungsbedarf. Denn derzeit wird es Asylsuchenden per Gesetz verwehrt, sich gegen ihre drohende Abschiebung in einem Eilverfahren zur Wehr zu setzen.

Das Rechtsgutachten steht im Netz auf der Internetseite von Pro Asyl.

Die Presseerklärung des Urteils des EuGH vom 21.12.2011.

Quelle: Publikation „Forum Migration Mai 2012“ ■

Abschiebungen nach Ungarn müssen sofort gestoppt werden

UNGARN: UNHCR-Bericht belegt eklatante Menschenrechtsverletzungen und systemische Mängel im ungarischen Asylsystem

Asylsuchende werden in Ungarn rechtswidriger Inhaftierung, Misshandlungen in Haft und der Gefahr von Kettenabschiebungen ausgesetzt. Dies dokumentiert ein heute erschienener Bericht des UNHCR-Regionalbüros in Budapest. Der Bericht ist ein eindeutiger Beleg für systemische Mängel der Aufnahmebedingungen und des Asylverfahrens in Ungarn.

„Die Bundesregierung muss Abschiebungen nach Ungarn sofort stoppen“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Dezember 2011 dürfen Asylsuchende aus EU-Staaten nicht in andere Mitgliedstaaten abgeschoben werden, wenn dort systemische Mängel im Asylsystem vorliegen, aus denen sich eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung ergeben kann.

Der UNHCR-Bericht weist nach, dass Asylsuchende in Ungarn regelmäßig unmenschlicher und erniedrigender Behandlung ausgesetzt werden und bestätigt damit einen Bericht von PRO ASYL vom März 2012. Bisher wurden im Rahmen des europäischen Asylzuständigkeitssystems Flüchtlinge aus Deutschland nach Ungarn abgeschoben, wenn diese über Ungarn in die EU eingereist waren.

Das 28-Seitige Dokument des UNHCR belegt, dass Asylsuchende in Ungarn regelmäßig rechtswidrig inhaftiert werden. Im Dezember 2010 wurde die maximale Abschiebungshaftdauer von sechs auf zwölf Monate heraufgesetzt. Im Jahr 2011 mussten zwei Drittel aller Asylsuchenden ihr Schutzgesuch in Haft stellen. Effektive Rechtsmittel gegen die Verhängung von Abschiebungshaft werden den Inhaftierten verweigert. Der Bericht dokumentiert zudem Misshandlungen in den Haftanstalten, das Verabreichen von Beruhigungsmitteln und elende sozialen Aufnahmebedingungen für Schutzsuchende.

UNHCR zeigt zudem auf, dass Flüchtlingen in Ungarn kein Schutz vor Kettenabschiebungen in Drittstaaten gewährleistet wird. Asylsuchende, die aus anderen EU-Staaten nach der Dublin-II-Verordnung nach Ungarn abgeschoben werden, laufen dort in besonderem Maße Gefahr, in Drittstaaten wie etwa Serbien abgeschoben zu werden, ohne dass ihr Asylgesuch je in einem EU-Staat geprüft wurde.

Unbegleitete Kinder und Jugendliche, die von anderen EU- Staaten überstellt werden, laufen in Ungarn Gefahr, nach Ankunft als „Erwachsene“ deklariert und inhaftiert zu werden

Quelle: http://www.saechsischer-fluechtlingsrat.de
PRO ASYL Presseerklärung ■

Ein Schritt in die falsche Richtung: Flüchtlingsunterbringung

Der Landkreis Börde (Sachsen-Anhalt) hat mit dem Beschluss vom 14. März 2012 die Kapazitäten des Flüchtlingslagers in der Nähe von Harbke erhöht. Die

---

fer/innen und insbesondere der Strategen im Umfeld Sarkozys, muss die politische Anstrengung konzentriert werden. Hier vermuten sie die politische Zukunft Frankreichs.

Unterdessen bestätigte die Präsidentschaftswahl im April/Mai 2012 zumindest einige dieser Beobachtungen. Einige ihrer mit Abstand höchsten Stimmenanteile erhielt die extreme Rechte, in Gestalt des Front National, in Zonen an den Rändern der großstädtischen Ballungsräume, in dreißig bis fünfzig Kilometern Entfernung vom Zentrum. Den Ratschlägen seiner Berater zur politischen „Nutzanwendung“ der Beobachtungen des Buchautors Christophe Guilluy folgend, stellte Sarkozy einen beträchtlichen Teil seines Wahlkampfs in der Schlussphase unter das Zeichen des „Bedürfnisses nach Grenzen“. Seine Großveranstaltung in Toulouse am 29. April 2012 war etwa weitgehend diesem Thema gewidmet.

Bernard Schmid, Paris ■

ehemalige Militärkaserne steht schon seit 2009 in der öffentlichen Kritik und der überregionalen Berichterstattung. Beanstandet wurden die völlig isolierte Lage im Wald, die fehlende Nahverkehrsanbindung sowie die sich daraus ergebenden 5 km Fußmarsch zur nächsten Einkaufsmöglichkeit. Diese strukturellen Missstände haben sich bis heute nicht geändert. Lediglich Mängel wie Schimmelbefall hat der Betreiber daraufhin beseitigen lassen. Auch die sanierungsbedürftigen Duschen und Toiletten wurden teilweise saniert.

Aufgrund der generellen Kritik sicherte der Landkreis 2009 zu, Familien und alleinreisende Frauen in Wohnungen unterzubringen. Dies wurde auch Ende 2009 realisiert. Dessen ungeachtet sind zum jetzigen Zeitpunkt in dem Heim neun Familien untergebracht. Für die Kinder dieser Familien ist aufgrund der mangelnden Nahverkehrsanbindung ein Kindergartenbesuch nicht möglich. Der Großteil der Asylsuchenden unterliegt einem Arbeitsverbot, ihre Sozialleistung liegt ca. zwanzig Prozent unter dem Existenzminimum (ALG2). Ein Zugang zu sozialen und kulturellen Angeboten ist dadurch kaum möglich. Dies verhindert in letzter Konsequenz eine Integration der Betroffenen, reichen die finanziellen Mittel doch gerade so für die nötigsten Einkäufe und das Busticket zur zuständigen Ausländerbehörde und dem Wohn- und Sozialamt.

Seit 2008 war das Heim Schauplatz mehrerer rassistisch motivierter Übergriffe auf Flüchtlinge. Der bisherige traurigste Höhepunkt stellte 2010 das Eindringen einer Gruppe von Neonazis in das Heim dar, die großflächig Hakenkreuze versprühten und durch Steinwürfe das Fenster eines schlafenden Flüchtlings zerstörten. In der Vergangenheit war es für die Polizei aufgrund der Lage nicht realisierbar auf einen Notruf zeitnah zu reagieren.

Die jüngste Entscheidung im Landkreis Börde bewertet der Flüchtlingsrat als einen fatalen Rückschritt hinter die selbst gesteckten Ziele des Landkreises. Flüchtlinge haben ein Recht auf menschenwürdige Unterbringung, die nur mit klaren Richtlinien für eine kurzzeitige Heimunterbringung und einer nachfolgenden dezentralen Unterbringung in Wohnungen zu erreichen ist. Ebenso bedarf es einer klaren Positionierung aus der Politik gegen die Stigmatisierung und rechte Gewalt gegen Flüchtlinge.

Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt ■

Endlich raus aus dem Heim – Flüchtlinge setzen Recht auf Wohnungen durch

Wohnungssuche nach 3 Monaten möglich – Rechtliche Hürden erschweren Bürgerschaftsbeschluss

Mehr als 600 Menschen leben im Land Bremen in so genannten „Gemeinschaftsunterkünften“. Das sind renovierungsbedürftige Wohnanlagen mit Sammelduschen, Wachpersonal und Mehrbettzimmern. 6 qm Wohnraum pro Person – das ist bundesweiter Standard.

„Das ist unmenschlich!“ Flüchtlinge und Initiativen protestieren seit Jahren gegen diesen Zustand. Zuletzt gingen im Mai 2011 etwa 800 Menschen in Bremen auf die Straße. Die von Ihnen im Anschluss gegründete Arbeitsgruppe „Wohnungen für alle“ nahm Gespräche mit Behörden, PolitikerInnen und Wohnungsbaugesellschaften auf und präsentierte unter anderem auch Lösungsvorschläge. Nachdem die GEWOBA daraufhin bereits im Sommer 2011 alle Einschränkungen für Flüchtlinge aufhob, hat nun auch die Politik reagiert.

Die Bremer Bürgerschaft hat am 25.04.2012 beschlossen ein Konzept zur Neuorganisation der Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen in Bremen zu entwickeln. Ein wichtiger erster Schritt hin zum selbstbestimmten Leben und Wohnen der nach Deutschland geflüchteten Menschen.

Kühlschrank erst ab 2-Personenhaushalt

Dass neue Konzepte nötig sind, zeigt die Situation in Bremen-Huchting. Dort haben über 150 Menschen (Männer, Frauen und Kinder) beispielsweise nur einen Ansprechpartner, die Heimleitung. Ohne Computer und Internetanschluss ist ihnen weder die eigenständige Suche noch Wohnungen oder deren Einrichtung möglich.

Weitere strukturelle Hemmnisse wie die Kostenübernahme von Miet- und Kautionszahlungen, die Gewährleistung der Kontoeröffnung zwecks Zahlungsverkehr sowie die Vermittlung nötiger Deutschkenntnisse müssen seitens der Sozialbehörden zwingend abgebaut werden. Unter anderem auch die Vorgabe, dass Kosten für Kühlschränke formal erst ab einem 2-Personenhaushalt bewilligt werden.

Letztlich müssen die Menschen, um die es geht, auch im Beteiligungsverfahren eingebunden werden. Die Tatsache, dass der allein der Bremer Rat für Integration stellvertretend für die Flüchtlinge an der Konzeption beteiligt ist, kann nicht wirklich überzeugen.

Denn die Menschen wollen und können überzeugend mitreden, wie die Gespräche der Arbeitsgruppe „Wohnungen für alle“ mit den relevanten Akteuren bewiesen haben.

Der Bürgerschaftsbeschluss gilt allerdings vorerst nur für die Stadt Bremen. In Bremerhaven müssen Flüchtlinge weiterhin mindestens 24 Monate warten bis sie sich eine Wohnung suchen dürfen.

http://www.fluechtlingsrat-bremen.de ■

Aufnahme von Choucha-Flüchtlingen bleibt hinter den Erwartungen zurück

Die Anordnung des BMI vom 5. April 2012zur Aufnahme bestimmter nach Choucha (Tunesien) geflohener Flüchtlinge bleibt hinter den Erwartungen zurück: Flüchtlingsverbände hatten im Vorfeld gefordert, den aufzunehmenden Flüchtlingen – anders als den irakischen Flüchtlingen vor zwei Jahren – „ von Beginn an eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung und die Möglichkeit des Familiennachzugs einzuräumen. Dazu haben sich die Ausländerreferenten von Bund und Ländern auf ihrem Treffen am 14. Februar offenbar nicht durchringen können. Allerdings soll eine sog. Verfestigung des Aufenthalts unter erleichterten Bedingungen gemäß § 9a AufenthG bzw. § 26 Abs. 4 AufenthG erfolgen können.

Erneut soll der sog. Königsteiner Schlüssel zur Anwendung kommen. Die Verteilung soll ?möglichst? unter Wahrung der Einheit der Familie ?sowie sonstiger integrationsförderlicher Bedingungen? erfolgen, ein Rechtsanspruch besteht darauf aber offenbar nicht. Die 7. Konferenz der für Integration zuständigen MinisterInnen und SenatorInnen der Länder (lntMK) hatte am 21./22. März 2012 die Bundesregierung gebeten, bei der Ausgestaltung des Aufnahmeverfahrens von Beginn an die Belange der Integration zu berücksichtigen und von Beginn an den Zugang zu lntegrationsmaßnahmen, zum Arbeitsmarkt, zu Bildung und zu Leistungen des Gesundheits- und Sozialsystems für diesen Personenkreis durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen.

Die Länder einigten sich darauf, aus Choucha 200 Flüchtlinge aufzunehmen. Weiterhin ist vorgesehen, bis zu 100 irakischen Flüchtlingen aus der Türkei in diesem Jahr die Aufnahme in Deutschland zu ermöglichen. Eine Aufnahme der Flüchtlinge über Friedland mit einer Aufenthaltsdauer von 14 Tagen „wird angestrebt“, ausgenommen hiervon sind Minderjährige und „schwerstkranke Personen“, deren Anteil an dem Aufnahmekontingent allerdings 5 % nicht überschreiten soll.

Erneut werden die Flüchtlinge einem doppelten Auswahlprozess unterworfen: Zunächst entscheidet UNHCR über das

Vorliegen der Flüchtlingseigenschaft. Aus dem Kreis der von UNHCR als Flüchtlinge klassifizierten Menschen wählt dann eine vom BAMF geleitete deutsche Delegation die Flüchtlinge aus, die aufgenommen werden sollen, wobei neben familiären Bindungen und dem Grad der Schutzbedürftigkeit auch die Qualifikation, das Alter und die Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge (euphemistisch als „ Integrationsfähigkeit“ tituliert) eine Rolle spielen soll. Mit dem Eintreffen der ersten Flüchtlinge ist daher wohl auch erst im Herbst 2012 zu rechnen.

Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Boats4People statt Frontex für euro-afrikanische Solidarität!

Auf die arabischen Aufstände hat Europa mit verstärkter Abschottung geantwortet. Die Situation der boat people im Mittelmeer hat sich verschärft. Anfang 2011 sind viele Kontrollen der nordafrikanischen Küstenwachen zusammengebrochen. Zehntausende Jugendliche nahmen sich mit neuem Selbstbewusstsein die Reisefreiheit und brachen über das Meer Richtung Italien auf. Dort reagierten der italienische Staat und die EU mit Notstand, Rassismus, Polizeiknüppel. Italien erlebte in den Abschiebegefängnissen die heftigste landesweite Revolte, die es jemals in Lagern Nachkriegs-Westeuropas gegeben hat.

Die europäische Grenzschutzagentur Frontex und die Nato schotten seit Frühjahr 2011 das Meer zwischen Italien und Tunesien/Libyen lückenlos ab. Noch nie sind so viele boat people in dieser Meerenge gestorben wie 2011: Zwischen 1500 und 2000 tote boat people wurden im „Kanal von Sizilien“ registriert, zur Hälfte TunesierInnen, zur Hälfte afrikanische Bürgerkriegsflüchtlinge aus Libyen. Mehrere Tausend Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen sitzen immer noch im Lager Choucha an der tunesischlibyschen Grenze fest, und zunehmend werden dort auch aufgegriffene boat people interniert.

Inzwischen ist eine transnationale Organisierung auf beiden Seiten des Mittelmeers möglich geworden, die der Abschottung entgegentreten will: In Tunesien und Italien organisieren Familien vermisster boat people Aktionen, um Informationen über den Verbleib ihrer Angehörigen und die geheimen Verträge zwischen den beiden Regierungen zu bekommen, und im Lager Choucha fordern Flüchtlinge die Aufnahme in Europa. Hier setzt Boats4People an. Boats4People wurde im Frühsommer 2011 in Italien als transnationales Projekt gegründet, um direkt am und auf dem Mittelmeer etwas gegen die europäische Festungspolitik zu unternehmen.

Boats4People ist:

• Austausch von Erfahrungen, Vernetzung und Zusammenarbeit

• gegen Frontex, das EU-Grenzregime, die Abschiebebehörden und den Alltagsrassismus und macht Öffentlichkeitsarbeit dagegen

• für Bewegung, die Freiheit zur Bewegung im politischen und im geographischen Sinn.

Boats4People fordert konkret von der EU und den Regierungen ein Ende der gewaltsamen Kontrollen auf dem Meer, die Rettung von boat people in Seenot und die Respektierung ihrer Rechte statt der Kriminalisierung derjenigen, die dies gemäß internationalem Seerecht tun. Anfang Juli sollen Boote von Italien nach Tunesien starten und Aktionen an verschiedenen Orten stattfinden. Näheres dazu auf www.boats4people.org

Quelle: http://www.fluechtlinsrat-hamburg.de 07.5.2012 ■

Krankenversichertenkarte für Asylbewerber auch in HH

Nach Bremen führt nun auch Hamburg die Krankenversichertenkarte für Asylsuchende ein. Auf Anfrage des Flüchtlingsrats Niedersachsen, ob das Modell auch in Niedersachsen praktikabel wäre, antwortete uns das Niedersächsische Innenministerium:

„Das von Ihnen genannte „Bremer Modell“ sieht die Abrechnung der Kosten nach § 4 AsylbLG durch die AOK Bremen/Bremerhaven vor. Dabei werden der Leistungsbehörde von dort die real entstandenen Behandlungskosten sowie eine Verwaltungskostenpauschale in Rechnung gestellt. Auch bei dieser Verfahrensweise bestehen explizite Prüfvorbehalte durch die Leistungsbehörde wie z. B. für Psychotherapien, Sehhilfen und Zahnersatz. Bei Zahnersatz und kieferorthopädischen Behandlungen kann zudem eine Bewilligung nur nach Begutachtung durch das Gesundheitsamt erfolgen.

In der Vergangenheit hat das MI bereits aus eigener Initative Gespräche mit der AOK Niedersachsen geführt. Die AOK Niedersachsen hat dabei deutlich gemacht, dass eine Betreuung des Personenkreises nach § 3 AsylbLG aufgrund des eingeschränkten Leistungsumfangs einen unvergleichbar hohen Aufwand bedeuten würde, der sich wiederum in einer unverhältnismäßig hohen Verwaltungskostenpauschale niederschlagen würde. Aus diesem Grund wurde von einer weiteren Verfolgung dieses Themas abgesehen. ...“

Die Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration teilt zu diesem Thema mit:

„Die Hamburger Sozialbehörde hat Verhandlungen geführt, um gemeinsam mit der Innenbehörde vertraglich festzuhalten, dass alle Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ab dem 1. Juli 2012 eine eigene Krankenversichertenkarte erhalten.

Denn das Sozialgesetzbuch V eröffnet – rein rechtlich – allen Asylbewerberinnen und -bewerbern die Möglichkeit, sich von einer Krankenkasse betreuen zu lassen, unabhängig davon, wie lange sie sich bereits in Hamburg aufhalten.

Diesen rechtlichen Rahmen wollen beide Behörden in der Praxis nutzen. Dazu haben sie jetzt einen Vertrag mit der AOK Bremen/Bremerhaven abgeschlossen. ...

Aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes gibt es trotz der neuen Krankenversichertenkarten auch weiterhin einige Einschränkungen für Asylbewerberinnen und -bewerber, beispielsweise wenn es um zusätzliche Leistungen geht.

Ein Anspruch auf Versorgung mit Zahnersatz und auf kieferorthopädische Behandlungen besteht für diese Patientengruppe hingegen nur dann, wenn die Behandlung aus medizinischen Gründen unaufschiebbar ist. Bei anderen Leistungen, die in der Regel direkt über die Karte abgerechnet werden, sind Asylbewerberinnen und -bewerber anderen Versicherten jedoch grundsätzlich gleichgestellt.

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind derzeit in Hamburg rund 4600 Menschen leistungsberechtigt, die sich noch keine vier Jahre in Hamburg aufhalten. Bisher werden von einer Krankenkasse nur Leistungsberechtigte versorgt, die seit mindestens vier Jahren in Hamburg leben. Alle anderen Leistungsberechtigten bekommen statt einer Krankenversichertenkarte bisher einen Behandlungsschein von den zuständigen Sozialdienststellen, mit dem sie zum Arzt gehen können.

Auch für Ärzte ist das ein Vorteil: Sie müssen keine Einzelrechnungen mehr stellen, sondern können ihre erbrachten Leistungen direkt über die Krankenversichertenkarte abrechnen, was wiederum dazu dient, dass die Bürokratie in den Behörden abgebaut wird.

Dieses Modell ist – mit Ausnahme von Bremen – bundesweit einzigartig und wird erstmals in Hamburg eingeführt.

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen, Flüchtlingsrat Hamburg, Pressestelle der Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration ■

Sachsen war möglichen NSU-Helfern früh auf der Spur

Die Linke in Thüringen stellte das Buch „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal“ vor. Foto: dpa Die Linke in Thüringen stellte das Buch „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal“ vor.

Dresden. Der sächsische Verfassungsschutz ist möglichen Hintermännern des Neonazi-Terrortrios aus Zwickau schon frühzeitig auf der Spur gewesen. Das belegt ein Dokument, über das am Dienstag mehrere Zeitungen berichteten. Demnach hatte der Geheimdienst des Freistaates im November 2011 – kurz nach Auffliegen der Gruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) – dem Bundeskriminalamt (BKA) über Anwerbeversuche in der rechten Szene berichtet. Dabei tauchen auch eine Reihe von Namen auf, die als potenzielle NSU-Helfer in Betracht kommen, darunter der inzwischen inhaftierte André E. Allerdings sei es mit keiner Person zu einer Zusammenarbeit gekommen, hieß es im Schreiben der Verfassungsschützer.

Insgesamt enthält der Bericht die Namen von sechs Männern und einer Frau. Das Landesamt für Verfassungsschutz hatte zwischen 1995 und 2003 versucht, sie als V-Leute im Neonazi-Milieu anzuheuern. Allerdings ließen die Geheimdienstler vergleichsweise schnell wieder ab. In einem Fall hatte sich der Betroffene in der Szene selbst offenbart, ein anderer lehnte nach zwei Gesprächen ab. Bei einem weiteren Neonazi stellte der Geheimdienst nach geraumer Zeit fest, dass er tatsächlich ausgestiegen war. Zumeist reichte den Beamten aber schon das verbale Bekenntnis, man gehöre nicht mehr dazu.

Mit André E. führten die Beamten nach Aktenlage im März 2003 ein „Informationsgespräch“. Er gab an, schon seit einem Jahr keinen Kontakt mehr zur rechten Szene zu unterhalten. E. steht im Verdacht, dem Trio – Beate Zschäpe, Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos – bei dem makabren Bekennervideo geholfen zu haben. Die Ermittler gingen bisher davon aus, dass es schon 2007 entstand. Die aus Jena stammenden Neonazi-Terroristen werden für eine beispiellose Mordserie und weitere Straftaten verantwortlich gemacht. Neun Menschen mit ausländischen Wurzeln und eine deutsche Polizistin starben.

Vertreter der Opposition im Landtag sahen am Dienstag erheblichen Klärungsbedarf. „Wie dilettantisch muss man eigentlich sein, erst nach einem halben Jahr zu merken, dass eine Zielperson gar nicht mehr zur Neonazi-Szene gehörte“, sagte die Linke-Politikerin Kerstin Köditz. Zwei der jetzt aufgetauchten Namen seien bisher nie in offiziellen Zusammenhängen benannt worden. Köditz will nun in der Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) nachhaken. Sie berief sich zudem auf ihr intern zugespielte Papiere, wonach André E. sich seit langem im Blick von Geheimdienst und Staatsschutz befand. „Allerdings ist seine Rolle offenkundig deutlich unterschätzt worden.“

„Dieser Bericht an das BKA mit der Offenbarung, dass es spätestens seit Einstellung der operativen Maßnahmen in 2003 keine berichtenswerte Erkenntnisse des LfV (Landesamt für Verfassungsschutz) zu den aufgeführten mutmaßlichen Unterstützern des Terrortrios gegeben habe, dokumentiert entweder das Versagen von Sachsens Verfassungsschutz oder er entspricht nicht der Wahrheit. Beides wäre ein Skandal“, erklärte der SPD-Abgeordnete Karl Nolle. Grünen-Politiker Miro Jennerjahn hielt es für einen Skandal, dass er von Kontakten zwischen dem Geheimdienstlern und mutmaßlichen Helfern der Terrorzelle aus der Presse erfahren musste.

Ursachenforschung: 24 Autorenbeiträge zu Entstehung und Verfolgung der NSU

Die Linke in Thüringen hat ihre bisherigen Erkenntnisse zum NSU in einem Buch zusammengefasst. Der Sammelband „Made in Thüringen? Nazi-Terror und Verfassungsschutz-Skandal“ erschien am 8. Mai zum Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus. Er enthält Beiträge von 24 Autoren, die offenen Fragen bei der Entstehung und Verfolgung des NSU nachgehen.

„Das Meer zwischen uns“

Flucht und Migration in Zeiten der Abschottung

Das europäische Grenzregime mit seiner Grenzschutzagentur FRONTEX wehrt seit Jahren mit ständig repressiver werdenden Methoden und einer wachsenden Einflussnahme auf außereuropäische Transit- und Herkunftsländer immer mehr Menschen ab. Menschen, die auf der Flucht vor Verfolgung und lebensbedrohlicher Not bedingt durch wirtschaftliche Ausbeutung, Neokolonialismus, Kriege sowie Umweltzerstörung und Klimawandel in ihren Herkunftsländern oder aus anderen Gründen den gefährlichen Weg über das Mittelmehr oder auch den Atlantischen Ozean wagen, um bei uns Schutz und Zuflucht zu suchen.

Der italienische Journalist Gabriele del Grande dokumentiert seit Jahren Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen Europas. Auf seinen Reisen in mehrere nordafrikanische Länder begegnete Gabriele del Grande bewegenden menschlichen Schicksalen: Mütter, Väter, Ehemänner und -frauen, Geschwister und Freunde, die geliebte Menschen bei der Flucht über das Mittelmeer verloren haben. Menschen, die seit Jahren in Abschiebehaftzentren und Gefängnissen ohne Kontakt zu ihren Familien eingesperrt sind, und Behörden, die sich keinerlei Schuld am Schicksal dieser Menschen bewusst sind.

www.fluechtlingsrat-hamburg.de/

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Gesehen am 1. Mai 2012 in Bonn

Rettet das Gold für die D-Mark?

Junge Freiheit Nr. 19/12 vom 4. Mai 2012

Die befürchteten Wahlergebnisse in Griechenland und Frankreich bringen das Blatt zu der Überzeugung, das von ihm sogenannte „Euro-Experiment“ sei bald erledigt. Die Diskussion findet nicht darüber statt, ob Staaten aus der Eurozone herausgedrängt werden, sondern dass „eine verantwortungsbewusste deutsche Regierung eigentlich den Euro-Ausstieg erklären“ müsste.

Der Grund für das Verbleiben in der Eurozone sei die deutsche Vergangenheit: Weil „Deutschland sich aufgrund historischer Schuldkomplexe verpflichtet fühlt, als Bürge der letzten Instanz andere unbegrenzt auf seinen Deckel zechen zu lassen.“ Wer zecht hier? Die griechischen Sozialhilfeempfänger, die seit Wochen keinen Cent mehr erhalten? Die spanischen Arbeitslosen, die kein Arbeitslosengeld erhalten, weil über 80% der Verträge befristet sind? Oder die deutsche Industrie und die Banken, die mit der Exportorientierung der Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten gute Profite in der Europäischen Union gemacht haben?

Als zweite Maßnahme zur Sicherung der bundesdeutschen Wirtschaftskraft unterstützt das Blatt jetzt eine Bürgerinitiative, die für die Heimkehr des deutschen Goldes kämpft. Die Goldreserven der Bundesrepublik lagern nach Angaben des Blattes nur zu fünf Prozent bei der Bundesbank in Frankfurt, der Rest in Tresoren „auf dem Gebiet der ehemaligen westalliierten Siegermächte“. Indirekt wird so der Verdacht geschürt, dass diese ehemaligen Westalliierten vielleicht demnächst das Gold der Bundesrepublik klauen könnten – liegt es doch in Banktresoren in London, Washington und Paris und sei damit „unserem Zugriff“ entzogen. Bevor das Blatt den Zugriff auf die Goldreserven bekommt, bleibt es besser da, wo es ist.

Enttäuscht von den Piraten

Junge Freiheit Nr. 20/12 vom 11. Mai 2012

Hatte das Blatt in den vergangenen Monaten die Piratenpartei noch freundlich kritisch betrachtet, ist es damit jetzt vorbei. Schon in der letzten Ausgabe beschwerte sich die Redaktion, dass ihr für den Bundesparteitag der Piraten der privilegierte Journalistenzugang entzogen worden sei und sie nur einen normalen Pressehzugang erhalten habe. Mit dem Bundesparteitag sei nun entgültig klar, dass die Piraten sich immer mehr einer „radikalen linken Agenda“ verpflichteten. Die Ergebnisse der auch der Schleswig-Holstein-Wahl sind für die dort kandidierenden rechten Parteien unbefriedigend. So weist das Blatt jetzt darauf hin, dass in einem taz-Artikel die FDP als Barriere gegen eine starke rechtspopulistische Kraft bezeichnet wurde und in der Folge dieses Artikels nun eine regelrechte Medienkampagne für die FDP einsetzte. In einer ganzen Seite widmet sich das Blatt der Programmatik der Piraten und stellt fest, dass sei alles linksradikal und in wichtigen Fragen – „Euro-Rettung, Zuwanderung, Sozialstaat“ – sei überhaupt noch nichts vorhanden. Die Hoffnung mancher Rechter, auf dem Piratenschiff mit zu segeln, sind damit aber erledigt. *uld* ■

Gesehen am 1. Mai 2012 in Bonn
Foto: Karin Richert

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 24 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 48 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507